

44. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Herbstsession 2022



-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

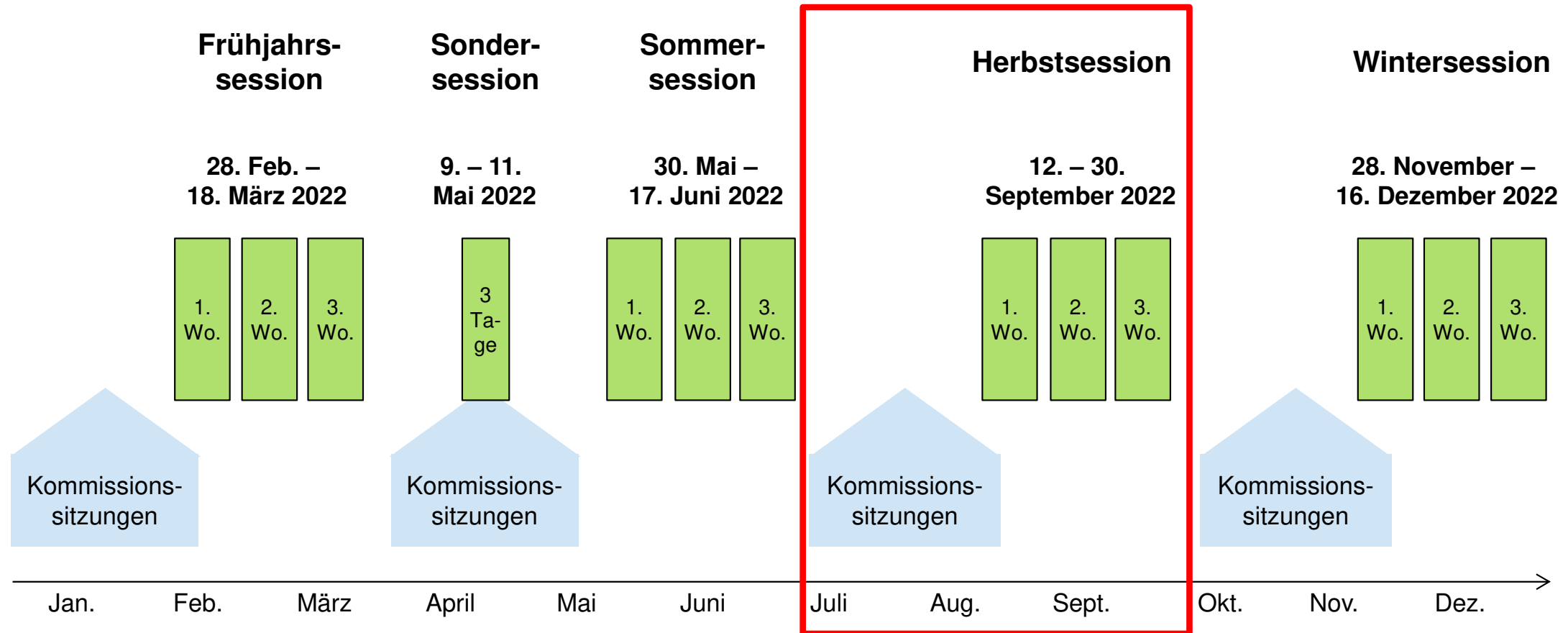
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr


2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

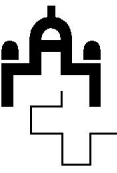
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Herbstsession und andere wichtige politische Entwicklungen



 **Zusätzlich zu den Sessionen und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.**



Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen



Der Nationalrat wird durch eine Vertreterin der Grünen präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die Mitte und die SP



Stärke der Fraktionen im Nationalrat

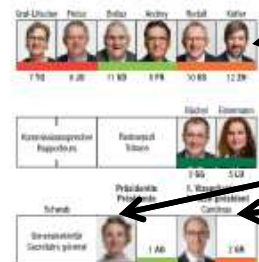
SVP:	55
SP:	39
Die Mitte:	31
Grüne:	30
FDP:	29
GLP:	16

8 Stimmzähler

Präsidentin (Grüne)

1. Vizepräsident (Mitte)

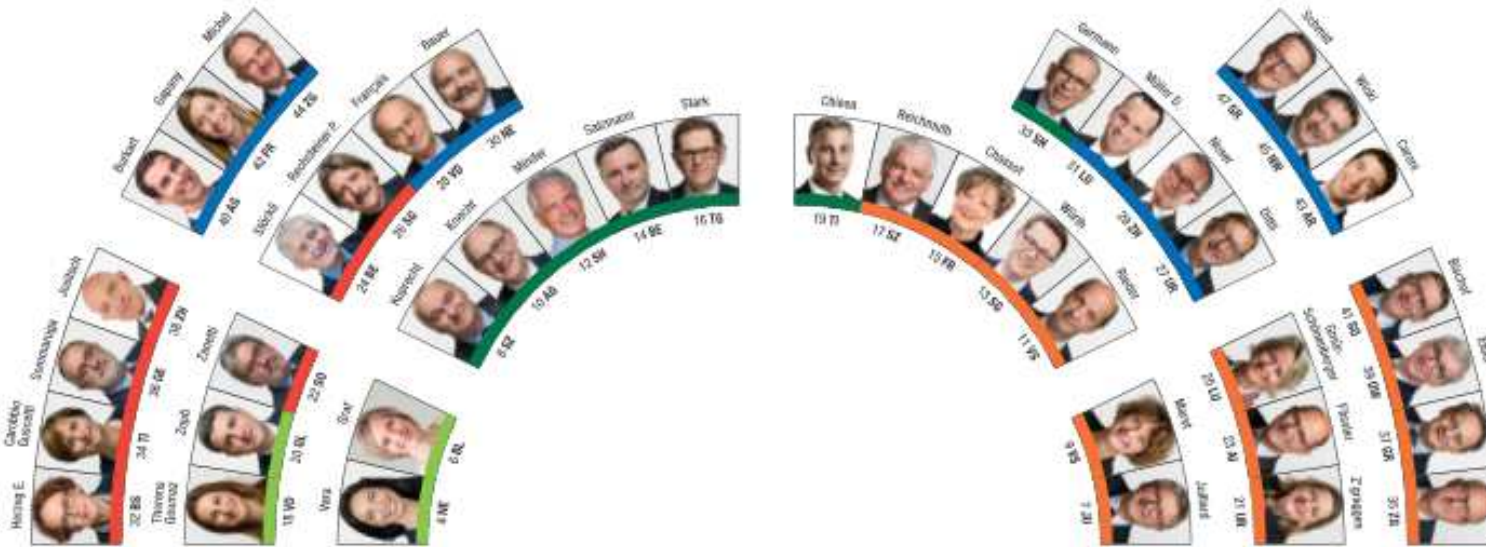
2. Vizepräsident (SP)



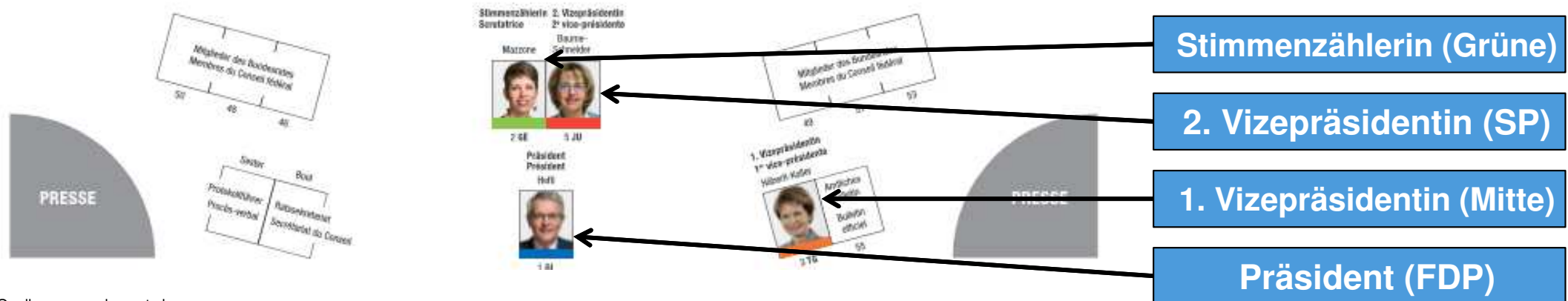
Quelle: www.parlament.ch

TA / 4. Oktober 2022

**Der Ständerat wird durch einen Vertreter der FDP präsiert,
die Vizepräsidenten vertreten die Mitte und die SP**



Stärke der Fraktionen im Ständerat	
Die Mitte:	14
FDP:	12
SP:	8
SVP:	7
Grüne:	5
GLP:	-



1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

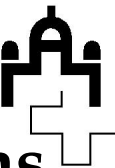
2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten

Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Herbstsession 2022 und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 Drohende Strommangellage und hohe Energiepreise
- 2 21.501 Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050: Referendum der SVP
- 3 22.031 Subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Elektrizitätsunternehmen
- 4 21.501/4: Photovoltaik-Grosskraftwerke, Erhöhung Grimselstaumauer, Solarenergiezwang
- 5 20.451 Bleiberecht für ausländische Sozialhilfebezüger
- 6 Starker Anstieg der illegalen Zuwanderung
- 7 22.005 Armeebotschaft 2022 inkl. Kauf des F-35
- 8 19.085 Änderung Embargogesetz (Verzicht auf eigenständige Sanktionen)
- 9 22.020 Finanzhaushaltgesetz (Vollständiger Abbau der Corona-Schulden bis 2035)
- 10 22.046 Verlängerung Covid-19-Gesetz
- 11 21.3689 und 21.3690 Neuer Anlauf zur Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit
- 12 Diverse weitere Geschäfte



In einer Kampagne, die 13,5 Millionen Franken kostet, fordert uns der Bundesrat zum Strom-Sparen auf

Energie ist knapp. Verschenden wir sie nicht.

5 Sparempfehlungen für den Haushalt



Kaffeemaschine ausschalten:
Geräte im Stand-by-Modus verbrauchen viel Strom. Schalten Sie die Maschine nach Gebrauch ganz aus.

Kochen mit Deckel:
Beim Kochen verdampft ein Grossteil der Energie. Setzen Sie immer einen Deckel auf den Topf, der die Energie zurückhält. So wird übrigens auch das Essen schneller gar.

Radiatoren freihalten:
Warme Luft muss ungehindert zirkulieren können. Achten Sie deshalb darauf, dass Radiatoren nicht von Vorhängen oder Möbeln verstellt werden.

Richtig gut lüften:
Wer in der Heizsaison mit ständig schräg ges ins dra für

Energie ist knapp. Verschenden wir sie nicht.

5 Sparempfehlungen fürs Heizen



Raumtemperatur senken:
Achten Sie darauf, dass die Raumtemperatur nicht mehr als 20°C beträgt.

Radiatoren freihalten:
Warme Luft muss ungehindert in den Räumen zirkulieren können. Halten Sie Radiatoren deshalb frei von Möbeln oder Vorhängen.

Thermostatventil montieren:
Thermostatventile an Heizkörpern halten die Raumtemperatur automatisch auf dem gewünschten Wert und helfen so, bis zu 20% Energie zu sparen.

Heizung entlüften:
Schaffen Sie ein gutes Raumklima und senken Sie den Energieverbrauch fürs Heizen um bis zu 15%. Entlüften Sie dazu vor Beginn der Heizsaison Ihre Heizung.

Richtig gut lüften:
Wer in der Heizsaison mit ständig schräg gestellten Fenstern lüftet, lässt viel Wärme ins Freie entweichen. Öffnen Sie besser dreimal täglich alle Fenster 5 bis 10 Minuten für ein energiesparendes Stosslüften.

Schweizerische Eidgenossenschaft
Konkretisierung eines
Energieeffizienzgesetzes
Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Wald, Energie und Kommunikation UWEK
Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung MEF

Energie ist knapp. Verschenden wir sie nicht.

5 Sparempfehlungen für Warmwasser



Duschen statt baden:
Sparen Sie viel Warmwasser, indem Sie nur kurz und nicht zu heiss duschen. Eine Wassertemperatur um 37°C ist für den Körper und fürs Energiesparen ideal.

Niedrig temperiert waschen:
Waschen Sie Ihre Kleider mit möglichst niedriger Temperatur und nutzen Sie Sparprogramme.

Spar-Armaturen einbauen:
Verwenden Sie in Küche und Bad Armaturen und Brau moderne einfache die Arma zu 50%!

Energie ist knapp. Verschenden wir sie nicht.

5 Sparempfehlungen für Elektrogeräte



Die richtige Menge Wasser kochen:
Wasser zum Kochen bringen braucht viel Energie. Überlegen Sie sich immer vorher, wie viel Heisswasser Sie wirklich benötigen.

Wasserkocher statt Pflanne:
30% weniger Energie benötigt ein Wasserkocher gegenüber einer Pflanne mit Deckel beim Erhitzen von Wasser.

Maschine ganz füllen:
Halb gefüllte Geschirrspüler, Waschmaschinen oder Tumbler verbrauchen genauso viel Strom wie volle. Starten Sie Ihr Gerät erst, wenn es voll ist, aber überladen Sie es nicht. Nutzen Sie den Sparmodus.

LED-Technik verwenden:
Konventionelle Halogenlampen verbrauchen viel mehr Strom als moderne LED-Technik. Richten Sie Ihr Zuhause mit LED-Lichtquellen aus und sparen Sie auf Knopfdruck Strom.

Abschalten mit Steckdosenleiste:
Lassen Sie Ihre Elektrogeräte nicht im Stand-by- oder Schlafmodus, sondern schalten Sie sie ganz ab. Das geht am einfachsten mit einem Netzschalter oder einer Steckdosenleiste. Mit einem Klick sparen so gleich mehrere Geräte Strom.

Backofen nicht vorheizen:
Versichten Sie auf das Vorheizen, sparen Sie rund 20% Energie.

Weitere Empfehlungen und Informationen zur Energie-lage der Schweiz auf nicht-verschenden.ch

Schweizerische Eidgenossenschaft
Konkretisierung eines
Energieeffizienzgesetzes
Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Wald, Energie und Kommunikation UWEK
Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung MEF

Energie ist knapp. Verschenden wir sie nicht.

5 Sparempfehlungen für den Arbeitsplatz



Kaffeemaschine ausschalten:
Geräte im Stand-by-Modus verbrauchen viel Strom. Schalten Sie die Maschine nach Gebrauch ganz aus.

Radiatoren freihalten:
Warme Luft muss ungehindert zirkulieren können. Achten Sie deshalb darauf, dass Radiatoren nicht verstellt sind.

Computer herunterfahren:
Schalten Sie am Feierabend auch den Computer ganz aus, statt ihn auf Stand-by laufen zu lassen.

Licht immer löschen:
Stellen Sie sicher, dass in unbenutzten Räumen das Licht stets gelöscht wird.

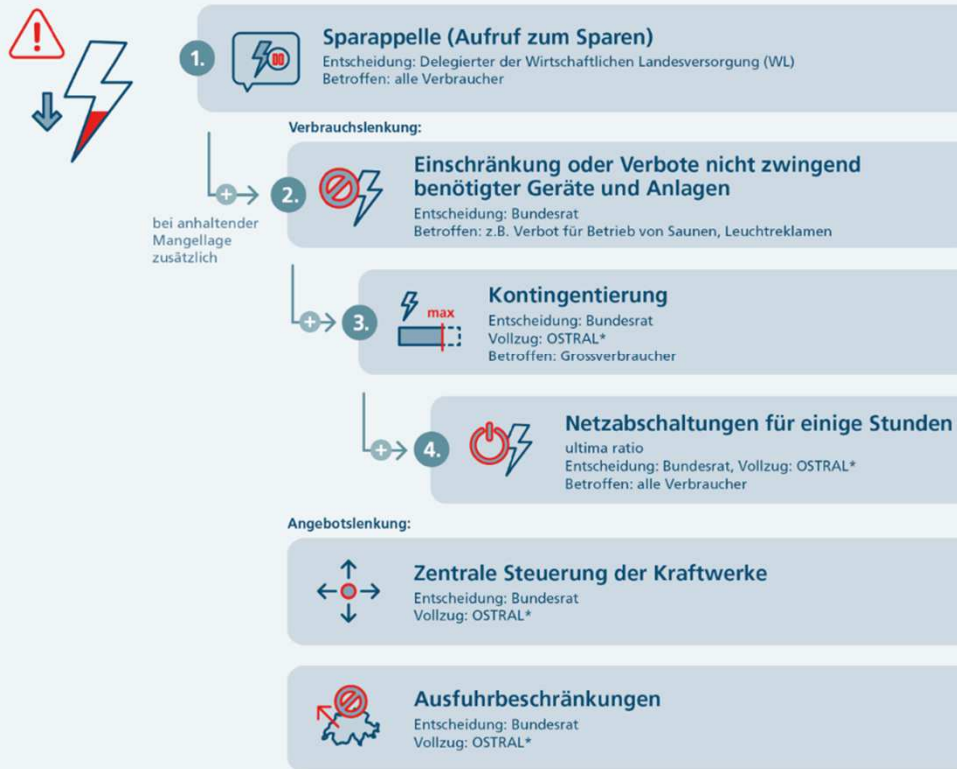
Bildschirm-Helligkeit reduzieren:
Indem Helligkeit von Screen und Umgebungslicht etwas zurückgestellt werden, lässt sich Energie sparen.

Weitere Empfehlungen und Informationen zur Energie-lage der Schweiz auf nicht-verschenden.ch

Schweizerische Eidgenossenschaft
Konkretisierung eines
Energieeffizienzgesetzes
Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Wald, Energie und Kommunikation UWEK
Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung MEF

Wird der Strom knapp, wird er zuerst kontingentiert, dann wird das Stromnetz für einige Stunden komplett abgeschaltet

Wenn der Strom knapp wird Mögliche Massnahmen bei einer Strom-Mangellage



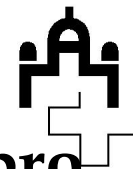
*Organisation für Stromversorgung in ausserordentlichen Lagen, gebildet durch den Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE). OSTRAL wird beim Eintreten einer Strommangellage auf Anweisung der Wirtschaftlichen Landesversorgung (WL) aktiv.

Wenn das Gas knapp wird Mögliche Massnahmen bei einer Gas-Mangellage

Gemäss den Verordnungsentwürfen zu den Verwendungseinschränkungen und zur Kontingentierung im Erdgasbereich vom 31. August 2022



*Organisation für Gasversorgung in ausserordentlichen Lagen, gebildet durch den Verband der Schweizerischen Gasindustrie (VSG)



Vor fünf Jahren warnte die SVP vor 3'200 Franken Mehrkosten pro Familie – heute nennt der Blick sogar 4'000 Franken Mehrkosten

21. Mai 2017

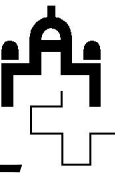
Referendum gegen das ruinöse Energiegesetz

Kurzargumentarium vom 11. Oktober 2016



Ruinöses Energiegesetz NEIN

Heute



Die SVP wollte die Steuerbelastung für den Mittelstand senken – stattdessen obsiegte eine Mitte/SP/Grüne-Allianz für eine zusätzliche Milliarde bei den Prämienverbilligungen



Medienmitteilung

SVP Schweiz, 21. September 2022

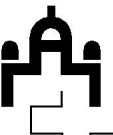
Teilen:  

Jetzt Energiekosten senken und Kaufkraft stärken

Die SVP setzt sich im Bundeshaus für die Menschen in der Schweiz ein. An den von ihr verlangten ausserordentlichen Sessionen bringt sie eine Reihe von Vorstössen ein, die den Mittelstand und das Gewerbe entlasten sowie die Versorgungssicherheit gewährleisten. So bleibt am Ende des Monats mehr Geld im Portemonnaie.

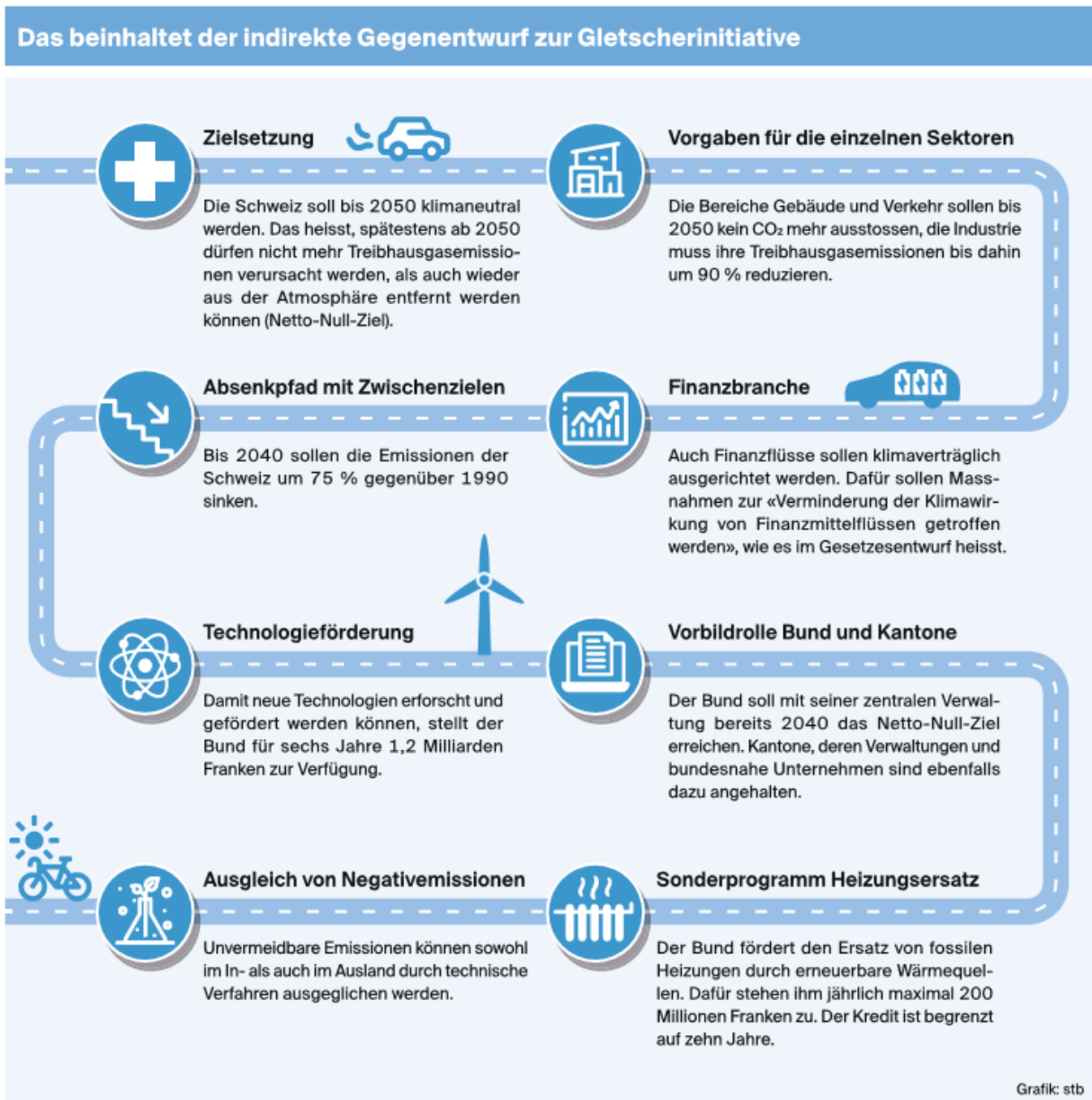
Die Preisexplosion auf breiter Front bringt viele Haushalte und Unternehmen in existenzielle Nöte. Die SVP-Fraktion gibt hier Gegensteuer: An den von ihr verlangten ausserordentlichen Sessionen reicht sie dazu heute im National- und Ständerat gleichlautende Vorstösse ein. Sie alle dienen dem Ziel, die Belastung von Bevölkerung und Wirtschaft zu senken und die Kaufkraft zu stärken. Gleichzeitig kämpft die SVP dafür, dass die Versorgungssicherheit gewährleistet bleibt. Unsere Bauern sollen nicht noch mehr Schmetterlinge zählen, sondern angesichts des Krieges in Europa und einer drohenden weltweiten Hungersnot gesunde und lokale Lebensmittel produzieren.

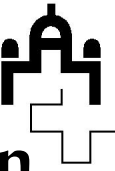
- **Aufhebung der Mineralölsteuer** (Nationalrat: Motion [22.3115](#) Page; Ständerat: Motion [22.3634](#) Chiesa)
- **Staatliche Entlastung des Mittelstandes und der KMU von den hohen Benzin- und Dieselpreisen** (Nationalrat: Motion [22.3202](#) Giezendanner; Ständerat: Motion [22.3635](#) Chiesa)
- **Nein zu sozialistischen Forderungen nach noch mehr Staatsausbau, noch mehr Steuern und noch mehr Umverteilung. Ja zu eigenverantwortlichen, bürgerlichen Lösungen – Ja zu einem massvollen Teuerungsausgleich bei der AHV** (Nationalrat: Motion [22.3818](#) Heer; Ständerat: Motion [22.3861](#) Chiesa)
- **Nein zu sozialistischen Forderungen nach noch mehr Staatsausbau, noch mehr Steuern und noch mehr Umverteilung. Ja zu eigenverantwortlichen, bürgerlichen Lösungen – Ja zur Abschaffung des Eigenmietwerts für Rentner** (Nationalrat: Motion [22.3817](#) Matter; Ständerat: Motion [22.3862](#) Chiesa)
- **Nein zu sozialistischen Forderungen nach noch mehr Staatsausbau, noch mehr Steuern und noch mehr Umverteilung. Ja zu eigenverantwortlichen, bürgerlichen Lösungen – Ja zur vollen Abzugsfähigkeit der Krankenkassenprämien** (Nationalrat: Motion [22.3816](#) de Courten; Ständerat: Motion [22.3863](#) Chiesa)



Gesetzliche Verankerung des Netto-Null-Ziels bis 2050; Ausstieg aus den fossilen Energieträgern; Ausgaben von 3.2 Milliarden Franken

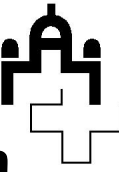
- Der indirekte Gegenentwurf, welcher gegen den Willen der SVP vom National- und vom Ständerat angenommen wurde, will das Ziel Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050 gesetzlich verankern. Die Vorlage sieht schrittweise Vorschriften bis hin zu 0g CO₂/km für alle neu in Verkehr gesetzten Personen- und Nutzfahrzeuge, ein Ziel zur klimaverträglichen Ausrichtung der Finanzmittelflüsse und weitere Massnahmen vor.
- Diese neuen Zwangsmassnahmen kosten ca. 3.2 Milliarden Franken über zehn Jahre.





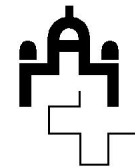
Mitten in der grössten Strommangellage seit Jahrzehnten, fordern die anderen Parteien nun den Ausstieg aus den fossilen Energien

- Die **Energiestrategie 2050** wurde **im Jahr 2017** unter falschen Versprechungen vom Volk angenommen. Die SVP hatte bereits damals gewarnt, dass die links-grüne ideologische Strategie zu massiv mehr Kosten und zu einer Verknappung von Strom führen würde. Das ist jetzt eingetreten: Heute explodieren die Preise und wir stehen vor dem ersten Winter, in dem uns der Strom auszugehen droht. Alternative Stromquellen beziehungsweise Stromspeicherkapazitäten stehen nicht ausreichend zur Verfügung.
- Die Gletscherinitiative und der indirekte Gegenvorschlag, geben vor, wir in der Schweiz könnten die Gletscher und die ganze Welt retten. Dass die Mitte-Links-Mehrheit des Parlaments in dieser Krisensituation dem Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative zustimmt ist verantwortungslos. Die **gesetzliche Verankerung des Netto-Null-Ziels bis 2050** bedeutet im Klartext den **Ausstieg aus den fossilen Energieträgern** – was zu einem **massiven Anstieg des Stromverbrauches** führen wird.
- Es ist an Absurdität kaum zu überbieten: Die zuständige Bundesrätin Sommaruga ruft mit peinlichen Vorschlägen zum Stromsparen auf und gleichzeitig beschliesst die Mitte-Links-Mehrheit des Parlaments mit dem Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative ein veritables **Stromfresser-Gesetz**. Damit wird der **Fehler der Energiestrategie 2050 bei den fossilen Energieträgern wiederholt**.
- Zudem erhält der Bundesrat mit dem Gegenvorschlag eine **Generalvollmacht mittels Verordnungen** das Netto-Null-Ziel bis 2050 zu erreichen. Es werden Hunderte von Milliarden Kosten, Vorschriften, Verbote, Zwang und neue Steuern auf uns alle zukommen. Ausgestattet mit dieser Generalvollmacht kann der Bundesrat verbindliche Vorschriften für die Dämmung von Fassaden und Dächern alter Häuser, das Verbot von Diesel- oder Benzin-Motoren und vieles mehr verordnen.



Am Freitag, 30. September 2022 hat die SVP Schweiz beschlossen, das Referendum gegen dieses Stromfresser-Gesetz zu ergreifen

- Folgende Gründe sprechen für die Ergreifung des Referendums gegen den Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative:
 - 1) Die gescheiterte Energiestrategie wird unter neuem Deckmäntelchen fortgesetzt.
 - 2) Fossile Energieträger verbieten bei gleichzeitiger Strommangellage ist Selbstmord.
 - 3) Keine Generalvollmacht für den Bundesrat in Form von Verordnungen. Die demokratische Mitsprache von Volk und Parlament wird ausgeschaltet – gegen Verordnungen kann kein Referendum ergriffen werden.
 - 4) Investition in Ausstieg aus den fossilen Energieträgern statt in Stromproduktion: Statt in die Stromproduktion im Inland zu investieren, wird das Geld für den Ausstieg aus der fossilen Produktion verwendet. Gleichzeitig halten die Linken und Grünen an ihrem Technologieverbot zur Kernkraft fest.
 - 5) „Netto Null“ bedeutet Armut: Die geschätzten Kosten von mindestens 347 Milliarden Franken bezahlen wir Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die Hausbesitzer und Mieter, die Gewerbler und die Industrie und einmal mehr die Auto- und Töff-Fahrer.
 - 6) Arbeitsplätze gehen verloren: Alle Unternehmen müssen bis 2050 „Netto Null“ unter Berücksichtigung direkter und indirekter Emissionen aufweisen.
 - 7) Bei Kerzenlicht frieren, aufs Auto verzichten und erst noch Hunderte Milliarden mehr bezahlen: Wenn „Netto Null“ nicht gelingt, folgen drastische Umerziehungsmassnahmen: weniger Autofahren, Verbot von Verbrennungsmotoren und Flugreisen, weniger Fleischverzehr, weniger Heizen, teure Gebäude-Sanierungsmassnahmen (Isolationspflicht der Fassaden, Dämmungen des Dachs, Umrüsten der Öl-Heizungen auf Systeme, die mit Strom betrieben werden und vieles mehr).
 - 8) Ohne Widerstand werden auch bald Autos mit Verbrennungsmotoren verboten (in der EU ab 2035).



Der Bund beschliesst einen Rettungsschirm über 10 Milliarden Franken für strudelnde Stromfirmen

Kantone kritisierten Axpo-Handel schon vor dem Notkredit

Umstrittene Geschäfte Zwischen den ehrgeizigen Expansionsplänen des Energiekonzerns und den Zielen der Eigentümer gibt es grosse Differenzen, wie aus einem vertraulichen Papier hervorgeht.

- Das Parlament einen mit maximal zehn Milliarden Franken dotierten Rettungsschirm für die systemkritischen Stromunternehmen beschlossen. Auch kleinere Unternehmen sollen von der Bundeshilfe profitieren können, sofern sie systemrelevant sind. Unternehmen, die auf eine kantonale Liquiditätsunterstützung zählen können, sollen vom Bundesgesetz ausgenommen werden. Das könnte in erster Linie die BKW betreffen, falls der Kanton Bern als Mehrheitsaktionär rechtsgenügend einspringen sollte. Weiter wurde eine Bestimmung aufgenommen, die Wasserzinsen und Konzessionsabgaben unangetastet lässt, auch wenn Unternehmen von Kantonen und Gemeinden Darlehen beziehen.
- Der Bund will insgesamt bis zu zehn Milliarden Franken an Darlehen bereitstellen. Die Finanzhilfen sollen nur auf Antrag fliessen, wenn die Unternehmen alles Menschenmögliche unternommen haben, um ihre Liquiditätsprobleme zu lösen. Ausserdem wird ein Risikozuschlag von vier bis zehn Prozent fällig. Axpo, Alpiq und BKW müssen zudem eine Bereitstellungspauschale für die Milliardenbeträge von zehn bis zwanzig Millionen Franken pro Jahr bezahlen. Dazu kommt ein marktgerechter Zinssatz, und die Unternehmen unterliegen weitreichenden Auflagen. Zudem besteht ein Dividendenverbot, solange das Darlehen läuft.

Bernhard Kilig

Der Bund muss den Energiekonzern Axpo mit einer Kreditlinie von vier Milliarden Franken vor einer möglichen Pleite schützen. Die neuen Eigentümer der Axpo verfolgen die Entwicklung des Konzerns schon seit einiger Zeit mit Sorge. Im vergangenen Jahr scheint eine rote Linie überschritten worden zu sein. Die Eigentümer verlangen eine Aussage mit der Axpo-Leitung.

Sie richteten vorwiegend eine Reihe kritischer Fragen ein. Diese hat die Axpo in einem als «vertraulich» überschriebenen Dokument vom 15. Dezember beantwortet. Das Schreiben liegt dieser Zeitung vor.

Im Papier zeigt sich die Kritik der Aktionäre am Kurs der Firma und der Axpo-Führung. Zu den Aktionären gehören die Kantone Zürich, Argau, Schaffhausen, die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich sowie weitere Kantone und Elektrizitätswerke.

Genügend Kompetenz im Verwaltungsrat? Die Eigentümer verlangen Auskunft über die Kompetenzen der einzelnen Verwaltungsräte. Sie fragen gar «ist der Verwaltungsrat fachlich in der Lage, die Expansionsstrategie (...) zu beurteilen und zu überwachen?» In der Antwort verweist die Axpo unter anderem auf einen «angeregten» Verwaltungsrat zum Handel für den ganzen Verwaltungsrat im Jahr 2021. Es gibt Zweifel, dass dies ausreicht, um die komplexen Handelsgeschäfte im Ausland zu verstehen, welche



nächsten Generalversammlung der Axpo Anfang 2023.

Auf spezifische Fragen zum erwähnten Papier ist die Axpo nicht eingegangen. In seinen summarischen Antworten weist der Konzern unter anderem auf «die geballte Kompetenz» in Verwaltung und Management hin, die es in den vergangenen Jahren ermöglicht habe, das Handels- und Investitionsportfolio zu beschleunigen. Das Unternehmen betont die zunehmende Bedeutung des Handels in einer zunehmend dezentralen Welt. Die Axpo zähle heute zu den führenden europäischen Unternehmen für die Vermarktung von erneuerbaren Energien. Das sei auch für die Schweiz wichtig – unter anderem weil Kernkraftwerke in Zukunft wahrscheinlich wegfallen.

Zürcher Kantonsrat erhöht den Druck Nach Verlesen aus Kantonsregierungen und Elektrizitätswerken erhöht nun auch der Zürcher Kantonsrat den Druck. Und zwar auf eine Weise, die den Plänen

«Der Fokus der Axpo liegt nicht auf der Sicherheit der Versorgung – das müssen wir ändern.»

Romaine Joss, Zürcher SP-Kantonsrätin

Ja zur Milliardenhilfe für Stromkonzerne

Der Nationalrat stimmt dem Rettungsschirm des Bundes für Axpo & Co. zähneknirschend zu



Zuletzt gelandete Antriebsmaschine in Flugzeugmotoren-Hochdruck-Testbank der Werkstätte der Firma Pratt & Whitney in der Nähe von Prattville, Alabama, im Jahr 2012. Die Maschine ist ein Pratt & Whitney PW4088.

Werkstätte Pratt & Whitney

In Köln ist die Pratt & Whitney-Werkstätte der Bundesrepublik Deutschland. Die Pratt & Whitney-Werkstätte ist ein Teil der Pratt & Whitney-Werkstätte in Prattville, Alabama, im Jahr 2012. Die Maschine ist ein Pratt & Whitney PW4088.

Pratt & Whitney

Pratt & Whitney ist ein Unternehmen, das sich mit der Entwicklung und Herstellung von Flugzeugmotoren beschäftigt. Die Pratt & Whitney-Werkstätte ist ein Teil der Pratt & Whitney-Werkstätte in Prattville, Alabama, im Jahr 2012. Die Maschine ist ein Pratt & Whitney PW4088.

Pratt & Whitney

Pratt & Whitney ist ein Unternehmen, das sich mit der Entwicklung und Herstellung von Flugzeugmotoren beschäftigt. Die Pratt & Whitney-Werkstätte ist ein Teil der Pratt & Whitney-Werkstätte in Prattville, Alabama, im Jahr 2012. Die Maschine ist ein Pratt & Whitney PW4088.

Pratt & Whitney

Pratt & Whitney ist ein Unternehmen, das sich mit der Entwicklung und Herstellung von Flugzeugmotoren beschäftigt. Die Pratt & Whitney-Werkstätte ist ein Teil der Pratt & Whitney-Werkstätte in Prattville, Alabama, im Jahr 2012. Die Maschine ist ein Pratt & Whitney PW4088.

Pratt & Whitney

Pratt & Whitney ist ein Unternehmen, das sich mit der Entwicklung und Herstellung von Flugzeugmotoren beschäftigt. Die Pratt & Whitney-Werkstätte ist ein Teil der Pratt & Whitney-Werkstätte in Prattville, Alabama, im Jahr 2012. Die Maschine ist ein Pratt & Whitney PW4088.

Pratt & Whitney

Pratt & Whitney ist ein Unternehmen, das sich mit der Entwicklung und Herstellung von Flugzeugmotoren beschäftigt. Die Pratt & Whitney-Werkstätte ist ein Teil der Pratt & Whitney-Werkstätte in Prattville, Alabama, im Jahr 2012. Die Maschine ist ein Pratt & Whitney PW4088.

Pratt & Whitney

Pratt & Whitney ist ein Unternehmen, das sich mit der Entwicklung und Herstellung von Flugzeugmotoren beschäftigt. Die Pratt & Whitney-Werkstätte ist ein Teil der Pratt & Whitney-Werkstätte in Prattville, Alabama, im Jahr 2012. Die Maschine ist ein Pratt & Whitney PW4088.

Pratt & Whitney

Pratt & Whitney ist ein Unternehmen, das sich mit der Entwicklung und Herstellung von Flugzeugmotoren beschäftigt. Die Pratt & Whitney-Werkstätte ist ein Teil der Pratt & Whitney-Werkstätte in Prattville, Alabama, im Jahr 2012. Die Maschine ist ein Pratt & Whitney PW4088.

Pratt & Whitney

Pratt & Whitney ist ein Unternehmen, das sich mit der Entwicklung und Herstellung von Flugzeugmotoren beschäftigt. Die Pratt & Whitney-Werkstätte ist ein Teil der Pratt & Whitney-Werkstätte in Prattville, Alabama, im Jahr 2012. Die Maschine ist ein Pratt & Whitney PW4088.

Pratt & Whitney

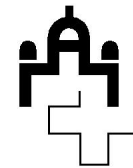
Pratt & Whitney ist ein Unternehmen, das sich mit der Entwicklung und Herstellung von Flugzeugmotoren beschäftigt. Die Pratt & Whitney-Werkstätte ist ein Teil der Pratt & Whitney-Werkstätte in Prattville, Alabama, im Jahr 2012. Die Maschine ist ein Pratt & Whitney PW4088.

Pratt & Whitney

Pratt & Whitney ist ein Unternehmen, das sich mit der Entwicklung und Herstellung von Flugzeugmotoren beschäftigt. Die Pratt & Whitney-Werkstätte ist ein Teil der Pratt & Whitney-Werkstätte in Prattville, Alabama, im Jahr 2012. Die Maschine ist ein Pratt & Whitney PW4088.

Pratt & Whitney

Pratt & Whitney ist ein Unternehmen, das sich mit der Entwicklung und Herstellung von Flugzeugmotoren beschäftigt. Die Pratt & Whitney-Werkstätte ist ein Teil der Pratt & Whitney-Werkstätte in Prattville, Alabama, im Jahr 2012. Die Maschine ist ein Pratt & Whitney PW4088.



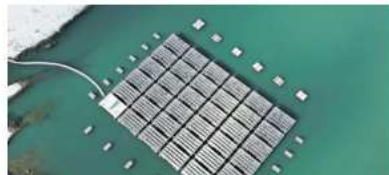
Werden Milliarden Franken an Steuergeldern in unrentable Solar- und Wasserkraftprojekte gesteckt?

Energie-Basar im Bundeshaus

Um schnell mehr Winterstrom zu produzieren, braucht es kreative Parlamentarier

DAVID BIERER, CHRISTOF FORSTER, BERN

Am Anfang stand die ständerrätliche Energiekommission und vor allem ihr einstimmiger Grundsatzentscheid, die Energieproduktion künftig höher zu gewichten als den Umwelt- und Landschaftsschutz. Ende August kam sie zum Schluss, den Bau von grossflächigen Solaranlagen in den Alpen zu erlauben – und zwar so schnell wie möglich mithilfe eines dringlichen Bundesgesetzes. Angesichts der drohenden Strommangelgefahr, die die Schweiz über den kommenden Winter droht, wird, will und Photovoltaik-Gesamterzeugungsstunden dazu kommen.



Bundesjuristen kritisieren Express-Solar-Offensive

Vorlage hebt verfassungsmässigen Natur- und Heimatschutz aus

Auch wenn Wochen später aussteht, dass n henden Winter Solaranlagen i en Fahrplan u des Vorhaben. Wie soll das g ein dringliche Boden – zum parlamentarische Kommission h und Zeit bean Die Stände und Beat Riet her der Solar Duo machte i einem Vehikel gelegenheit fü Pündig wurde über den indi zur Gletscher tag behandelt schaft als Zwe Differenzere der endgültige Herbstsession



Arbeiter montieren im Sommer 2020 Solarpanels an die Mauer des Alpigna-Staudamms im Bergell.

Weil die Solaranlagen nicht bereits im kommenden Winter realisiert werden können, handelt es sich gemäss BJ gerade nicht um solche Interventionsmassnahmen, sondern höchstens um eine Vorbereitungsmassnahme auf eine schwere Mangelgefahr, die sich aber an den verfassungsmässigen Rahmen halten muss. Offen bleibt dabei aber, wie trennscharf die Grenze zwischen vorbereitenden Vorkehrungen im Rahmen der Energieversorgung und Massnahmen zur Verhinderung einer Mangelgefahr wirklich ist.

■ Drittens steht der Artikel über den Natur- und Heimatschutz (Art. 78 BV) laut BJ im Widerspruch zu den geplanten Gesetzesänderungen. Artikel 78 sieht ebenfalls eine Interessenabwägung vor. Zwar habe das Parlament mit der Energiestrategie 2050 beschlossen, dass einzelne Anlagen für erneuerbare Energien von nationalem Interesse seien. Damit sei die Ausgangslage für diese gegenüber früher zwar verbessert worden. Doch das dringliche Gesetz in seiner bisherigen Fassung schliesse die Interessenabwägung durch Behörden im Planungs-, Konzessions- und Bauverwaltungsverfahren aus. Das verstosse gegen die Verfassung.

Dies bedeutet zwar nicht, dass die Solar-Offensive gestoppt ist. Um einen Verfassungbruch zu verhindern, müssten die eidgenössischen Räte ihre Pläne allerdings modifizieren. Wie eine verfassungskonforme Ausgestaltung aussehen könnte, sagt die BJ nicht. In der gegenwärtigen Fassung müsste die Vorlage aber dem obligatorischen Referen-

der Ständerat hat bei den Nationalräten Begehrlichkeiten geweckt. Selten haben Politiker Gelegenheit, inners so kurzer Zeit so viel zu bewirken. Falls es wie vom Ständerat geplant läuft, wird das Parlament das dringliche Bundesgesetz bereits Ende kommende Woche definitiv verabschieden.

Bauen fast ohne Widerstand – das lockt auch die Verfechter der Wasser- und Windkraft sowie der Geothermie an. Die FDP etwa möchte jene Aus- und Neubauten von Wasserkraftwerken im Gesetz verankern, auf welche sich der von Energieminister Simonetta Sommaruga eingesetzte runde Tisch gestützt hat. Bei der Windkraft sollen alle hängigen Grossprojekte aufgenommen werden, bei der Geothermie das Projekt Haute-Sorne im Jura.

Falls sich die Urtek am Donnerstag auf einen Entwurf einigt, wird das Plenum die Vorlage am Montag behandeln. Dann wäre voraussichtlich auch noch eine dritte Runde im Differenzierungsverfahren in dieser Session möglich. Sonst käme der Express ins Stocken, und das Geschäft würde in der Winter session weiter beraten.

Die Politik will die Wasserkraft massiv subventionieren. Fördergelder gibt es für den Bau, Betrieb und sogar schon die Planung von Anlagen. Bezahlen müssen



Hauptprofiteur des Gesetzes ist die Wasserkraft. Für sie will die Politik ein teures Rundum-sorglos-Paket schützen.

nach in den nächsten Jahren der Strom im Talschnee wachsende Nachfrage ausfallen. «Die meisten Leute können sich solche Zeiten nicht mehr vorstellen. Aber das war nicht bausig. Heute ist die rasche Ausba der Wasserkraft alternativlos. Er wolle vorwärtskommen. «Kosten es, was es wolle»

Stefan Bühler

Von einem «Goldrausch, der jenseitigspelt, sprach der Walliser Vorträt und SE-Doyen Zeller Bodenmatten. Auf der anderen Seite empfing sich der Präsident der Landeshauptkantonen und FDP-Nationalrat Karl Fluri über einen «Tiefpunkt» schweizerischer Natur- und Landschaftsschutzpolitik. Die Pläne der ständerrätlichen Lenk- und Energiekommission, in den Alpen so rasch als möglich grossflächige Solaranlagen zu bauen

Lange Wartefristen

Photovoltaikanlagen sind so gefragt wie noch nie. Zwischen 2019 und 2021 hat sich das Marktvolumen verdoppelt. Die grosse Nachfrage, Lieferengpässe und Personal-mangel haben dazu beigetragen, dass die Branche mit der Realisation von Aufträgen derzeit massiv im Rückstand ist. «Bis man eine Offerte erhält, dauert es meist schon zwei bis drei Wochen. Und bis die Anlage installiert werden kann, vergehen meist nochmals rund sechs Monate», sagt David Stickerberger, Geschäftsführer.

Solar-Investoren drängen in die Berge

Über 18 Projekte für grosse alpine Solaranlagen stehen am Start. Ein Experte sieht viel Potenzial, warnt aber vor Schnellschüssen.



aufgestellt werden. In der Fläche sind die Absätze gross, wegen der ständerrätlichen Kommission will mit Freizeitanlagen insgesamt zwei Terzianstundenleistung erzielen: «Das beansprucht in der ganzen Schweiz 10 bis 15 Quadratkilometer. Geopasst an den vegetationslosen Flächen von 4635 Quadratkilometern (das der unproduktiven Vegetation von 2915 Quadratkilometern ist das verdrängbar»

Klare Rahmenbedingungen für Grossanlagen festlegen

geköpft, mich Sun.» Die Bänder werden: «Im Rahmenmachwesen liefert m Freizeitanlagen in den Bergen.» «Ein Viertel Solaranlagen be vollständig können Bienen von Anfang an finanziell einfließen. Im Falle zwei Reduzierung 30 Jahre auszu

Nach dem V Wenn das Parl kuriert, wie die fossilen Energ e gleichzeitig Zubau von Ei so der Gedank thematisch un passen würden Debatte über Gletschermit nerstag mit e springen und Kommission v Debatte hafter Wenn der s setzartikel spannen. Na die Vöte: Mit tag sollen e kel wieder ab Debatte zur G einem separa

DANIEL GERNY, CHRISTOF FORSTER

Damit die Schweiz bei der Stromversorgung künftig weniger vom Ausland abhängig ist, sollen in den Bergen im Tempo Teufel zwei Photovoltaik-Grossanlagen aus dem Boden gestampft werden. Im dringlichen Verfahren will das Parlament die Bewilligungsverfahren im Energiegesetz deshalb stark verschlanken. Doch nun steht das Bundesamt für Energie (BFE) auf der Bremse. In einem Arbeitspapier zuhanden der Umwelt- und Energiekommission (Urtek) des Nationalrats kommt sie zum Schluss, dass damit unter Umständen Verfassungsrecht gebrochen würde.

Das die NZZ vorab nur schon über die heissenst BJ-Abkürzungen berichtet hatte, sorgte im Bundeshaus für rote Köpfe. Am Montagabend musste die Sitzung der Urtek des Nationalrats gar vorzeitig abgebrochen werden. Zwar wird das Geschäft am Donnerstag weiter behandelt. Doch ob die Vorlage bis am Montag auch für das Plenum behandlungsfähig ist, ist offen. Die

politische Schwierigkeit besteht gegenwärtig vor allem darin, das Geschäft so auszuformulieren, dass es politisch tragfähig bleibt.

Eindeutige Schlussfolgerungen

Die Einschätzung des BJ erschwert die Balancekraft noch. Zwar handelt es sich bei dem siebenseitigen Papier nicht um ein juristisches Gutachten, sondern nur um eine Einschätzung. Das Amt hat sie im Auftrag des Kommissionspräsidenten Jacques Bourgeois (FDP, Waadt) erstellt. Das Parlament ist nicht daran gebunden. Doch die Schlussfolgerungen sind so klar formuliert, dass sie kaum einfach ignoriert werden können. Das Bundesamt geht dabei vor allem auf drei Verfassungsbestimmungen ein.

■ Dem Projekt in die Quere kommt erstens der Energieartikel in der Bundesverfassung (Art. 89 BV). Er besagt, dass Bund und Kantone für eine «ausreichende, breit gestreute, sichere, wirtschaftliche und umweltverträg-

liche» Energieversorgung zuständig sind. Diese fünf Ziele seien gleichwertig, stellt das BJ fest.

Zwar gebe es Zielkonflikte. So spreche der Erhalt der natürlichen Umwelt gegen den Bau von Solaranlagen in Natur, aber das Erfordernis des Abbaus von erneuerbaren Energien da die Verfassung verlange aber, hier ei Ausgleich zu finden. Doch die Tatsa dass das Interesse an der Realisier der Photovoltaik über alle anderen In essen gestellt würde, bedeute, dass umweltverträgliche Energieversor zum nachrangigen Ziel werde. Mit an ren Worten: Der gebotene Interessens gleich wäre gar nicht mehr möglich.

■ Zweitens lasse sich die vorgesehne Verfahrensbeschleunigung für den f der Solaranlagen auch nicht auf d BV-Artikel über die Landesverordn (Art. 102 BV) abstützen, meint e BJ. Dieser erlaube zwar grundsätzl solche Eingriffe – jedoch nur bei e unmittelbar drohenden oder besteh den» schweren Mangelgefahr.

Kühne Ständeräte lancieren Solar-Anbauschlacht

Die kleine Kammer will grosse Photovoltaikanlagen in den Alpen forcieren

Ausl. Sozialhilfebezüger sollen hier bleiben dürfen

- In Art. 62 und 63 des Bundesgesetzes über die Ausländer und über die Integration (AIG) ist ein Widerruf der Aufenthalts- bzw. Niederlassungs-bewilligung wegen Sozialhilfebezugs vorgesehen.
- In ihrem Vorstoss fordert Samira Marti (SP/BL), dass „bei einem Ausländer, der sich seit mehr als 10 Jahren ununterbrochen und ordnungsgemäss in der Schweiz aufhält, ein Widerruf der Aufenthaltsbewilligung [wegen Sozialhilfebezugs] nicht mehr möglich ist.“
- Der Nationalrat stimmte dieser Forderung knapp zu. Während SVP und FDP den Vorstoss ablehnten, stimmten 15 Mitte-Vertreter zusammen mit SP, Grünen und der GPL der parlamentarischen Initiative zu.

Geschäft / Objet:

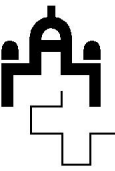
20.451 Pa. Iv. Marti Samira. Armut ist kein Verbrechen
Iv. pa. Marti Samira. La pauvreté n'est pas un crime

Gegenstand / Objet du vote:

Abstimmung vom / Vote du: 21.09.2022 18:52:20

Ador	-	V	VS	Fischer Benjamin	-	V	ZH	Landolt	0	M-E	GL	Rösti	-	V	BE
Aebi Andreas	-	V	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Locher Benquerel	+	S	GR	Roth Franziska	+	S	SO
Aebischer Matthias	+	S	BE	Fivaz Fabien	+	G	NE	Lohr	+	M-E	TG	Roth Pasquier	0	M-E	FR
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Flach	+	GL	AG	Lüscher	-	RL	GE	Ruch	-	RL	VD
Amsdruz	-	V	GE	Fluri	-	RL	SO	Mäder	+	GL	ZH	Ruegger	E	V	OW
Amos	+	S	VS	Fridez	E	S	JU	Mahaim	0	G	VD	Rutiz Gregor	-	V	ZH
Andrey	+	G	FR	Friedl Claudia	+	S	SG	Mailard	+	S	VD	Ryser	+	G	SG
Ansian	+	G	BS	Friedli Esther	-	V	SG	Maitre	+	M-E	GE	Sauter	-	RL	ZH
Atici	+	S	BS	Funiciello	+	S	BE	Marchesi	-	V	TI	Schaffner	+	GL	ZH
Badertscher	+	G	BE	Gafner	-	V	BE	Markwalder	0	RL	BE	Schilliger	-	RL	LU
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	-	V	BE	Narra	+	S	VD	Schläpfer	-	V	ZH
Barile	+	S	ZH	Giacomelli	-	RL	GR	Marti Min Li	+	S	ZH	Schlatter	+	G	ZH
Baumann	+	G	BE	Giezendanner	-	V	AG	Marti Samira	+	S	BL	Schneeberger	-	RL	BL
Bäumle	+	GL	ZH	Girod	+	G	ZH	Marullo	0	V	GR	Schneider Meret	+	G	ZH
Bellaiche	+	GL	ZH	Glanzmann	+	M-E	LU	Masshardt	+	S	BE	Schneider Schüttel	+	S	FR
Bendahan	+	S	VD	Glamer	-	V	AG	Matter Michel	+	GL	GE	Schneider-Schneier	0	M-E	BL
Berthoud	-	RL	VD	Glättli	+	G	ZH	Matter Thomas	-	V	ZH	Schwander	-	V	SZ
Bertschy	+	GL	BE	Gmür Alois	-	M-E	SZ	Mettler	+	GL	BE	Seller Graf	+	S	ZH
Binder	+	M-E	AG	Gössi	-	RL	SZ	Meyer Matteo	+	S	ZH	Siegenthaler	+	M-E	BE
Bircher	-	V	AG	Graber	-	V	VS	Michaud Gigon	+	G	VD	Sibers Schmidt	-	RL	ZH
Birrer-Heimo	+	S	LU	Graf-Litscher	+	S	TG	Molina	+	S	ZH	Sollberger	-	V	BL
Bourgeois	-	RL	FR	Gredig	+	GL	ZH	Moser	0	GL	ZH	Stadler	+	M-E	UR
Bregy	-	M-E	VS	Grin	E	V	VD	Müller Leo	-	M-E	LU	Steinmann	-	V	ZH
Brenzikofer	+	G	BL	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller-Altmatt	+	M-E	SO	Storni	+	S	TI
Brunner	+	GL	SG	Grüter	-	V	LU	Munz	+	S	SH	Streiff	+	M-E	BE
Buchel Roland	-	V	SG	Gschwind	+	M-E	JU	Nantmod	-	RL	VS	Strupler	-	V	TG
Buffat	0	V	VD	Gugger	+	M-E	ZH	Nicolet	-	V	VD	Studer	+	M-E	AG
Bullard	0	M-E	FR	Guggisberg	-	V	BE	Nidegger	-	V	GE	Suter	+	S	AG
Burgherr	-	V	AG	Gufljahr	-	V	TG	Nordmann	+	S	VD	Tongi	+	G	LU
Candinas	-	M-E	GR	Gysi Barbara	+	S	SG	Nussbaumer	P	S	BL	Trede	+	G	BE
Cattaneo	-	RL	TI	Gysin Greta	+	G	TI	Paganini	-	M-E	SG	Tuena	-	V	ZH
Christ	+	GL	BS	Haab	-	V	ZH	Page	-	V	FR	Umbricht Pieren	-	V	BE
Clivaz Christophe	+	G	VS	Heer	-	V	ZH	Pasquier-Eichenberger	+	G	GE	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	-	RL	NE	Helmgartner	-	V	AG	Pfister Gerhard	-	M-E	ZG	von Falkenstein	+	RL	BS
Crottaz	+	S	VD	Herzog Verena	-	V	TG	Piller Carrard	+	S	FR	von Siebenthal	-	V	BE
Dandré	+	S	GE	Hess Erich	-	V	BE	Pointet	+	GL	VD	Walder	+	G	GE
de Courten	-	V	BL	Hess Lorenz	0	M-E	BE	Porchet	+	G	VD	Walliser	-	V	ZH
de la Reussille	0	G	NE	Huber	-	V	AG	Portmann	-	RL	ZH	Walt Beat	-	RL	ZH
de Montmolin	-	RL	GE	Humbel	-	M-E	AG	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Wasserfallen Christian	-	RL	BE
de Quattro	-	RL	VD	Hurni	+	S	NE	Prezioso	+	G	GE	Wasserfallen Flavia	+	S	BE
Detting	-	V	SZ	Hurter Thomas	-	V	SH	Pull	+	S	GR	Weber	+	GL	VD
Dobler	-	RL	SG	Imark	-	V	SO	Python	+	G	VD	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	+	G	TG	Imboden	+	G	BE	Quadri	-	V	TI	Weichelt	+	G	ZG
Egger Mike	-	V	SG	Jauslin	-	RL	AG	Rechtssteiner Thomas	0	M-E	AI	Wermuth	+	S	AG
Estermann	-	V	LU	Kalin	E	G	AG	Regazzi	-	M-E	TI	Wettstein	0	G	SO
Faneli	-	RL	TI	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	-	V	SG	Widmer Céline	+	S	ZH
Fehrmann Riele	+	S	GE	Keller Peter	-	V	NW	Rinkler	-	RL	AG	Wismer Priska	+	M-E	LU
Feller	-	RL	VD	Klopfenstein Broggini	+	G	GE	Ritter	-	M-E	SG	Wobmann	-	V	SO
Ferri Yvonne	+	S	AG	Köppel	0	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS	Wyss	+	S	BS
Fiala	-	RL	ZH	Kutter	+	M-E	ZH	Romano	-	M-E	TI	Zuberbühler	-	V	AR

Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	100
+ Ja / oui / si	37	15		3	15	26	96
- Nein / non / no			50	25	10		85
= Enth. / abst. / ast.							0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4	1		2			1	4
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	3	1	6	3	14
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes	1						1



Viele afghanische und syrische Männer stellen in die Schweiz ein Asylgesuch

- Obwohl Volk und Stände beschlossen haben, die Zuwanderung durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente zu steuern, wurde dieser Verfassungsauftrag nicht umgesetzt. Im Gegenteil: In den letzten neun Jahren sind eine halbe Million Menschen mehr in die Schweiz ein- als ausgewandert. Dies entspricht mehr als der Einwohnerzahl der Stadt Zürich.
- Betrug der Ausländeranteil 1950 noch 5,9%, stieg er zwischenzeitlich auf über 25% an. Das BFS rechnet bis 2035 mit einem weiteren, massiven Bevölkerungswachstum als Folge der Migration. Je nach Szenario leben dann bis zu 10 Millionen Menschen in der Schweiz.

Quelle: Tagesanzeiger, 16. September 2022

TA / 4. Oktober 2022

Irreguläre Migration Migration irrégulière Migrazione irregolare

Monatszahlen BAZG 2022
Chiffres mensuels OFDF 2022
Cifre mensili UDSC 2022

Rechtswidrige Aufenthalte (Anzahl Aufgriffe)
Séjour illégal (nombre de personnes interpellées)
Soggiorno illegale (numero di persone fermate)

01.01.2022 - 31.08.2022

(provisorisch / provisoire / provvisorio)

ANZAHL	NOMBRE	NUMERO	2020	2021	2022
Januar	Janvier	Gennaio	1169	1263	2237
Februar	Février	Febbraio	938	1086	1928
März	Mars	Marzo	517	1227	2073
April	Avril	Aprile	215	1068	2067
Mai	Mai	Maggio	470	1226	2578
Juni	Juin	Giugno	920	1023	3470
Juli	Juillet	Luglio	1143	1464	3576
August	Août	Agosto	1262	1706	5826
September	Septembre	Settembre	1010	1672	
Oktober	Octobre	Ottobre	1112	2090	
November	Novembre	Novembre	1197	2417	
Dezember	Décembre	Dicembre	1090	2617	
BAZG	OFDF	UDSC	11043	18859	23755

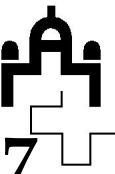
Flüchtlingszahlen steigen stark

Die Schweiz hat im laufenden Jahr bis Ende August 12'362 Asylgesuche registriert. Kommende Woche veröffentlicht das Staatssekretariat für Migration die Einzelheiten dazu. Bis Ende Jahr rechnet der Bund mit rund 19'000 Gesuchen. Die Prognose wurde damit nach oben korrigiert: Mit einer Zunahme nach der Pandemie war gerechnet worden, aber nicht in diesem Umfang. Im Unterschied zu anderen Ländern ist die Schweiz aber weit entfernt von den Zahlen des Jahres 2015. Damals hatte die Schweiz rund 40'000 Asylgesuche verzeichnet.

In europäischen Staaten haben laut der Asylagentur der EU in der ersten Jahreshälfte des laufenden


Jahres 4,6 Millionen Menschen Schutz gesucht. Beim grössten Teil handelt es sich um Flüchtlinge aus der Ukraine. Doch auch die Zahl der Asylsuchenden aus anderen Ländern ist stark angestiegen. Die EU-Staaten verzeichneten in der ersten Jahreshälfte rund 406'000 Asylgesuche. Das sind 68 Prozent mehr als in der Vorjahresperiode.

Im Juni wurde die zweithöchste monatliche Zahl an Gesuchen seit den Höchstzahlen 2015 und 2016 registriert. Zu den am stärksten betroffenen Ländern gehört Österreich mit 56'000 Gesuchen seit Jahresbeginn. An der Spitze der Herkunftsstaaten liegen Afghanistan und Syrien. (wal)



Armeebotschaft genehmigt: F-35 Kampfflugzeuge werden ab 2027 an die Schweiz ausgeliefert

- Links-Grün hat die Schweizer Armee in den vergangenen Jahren systematisch geschwächt. Angesichts der durch den Ukraine-Krieg veränderten Sicherheitslage ist die finanzielle und personelle Aufstockung der Armee heute dringend. Die SVP-Fraktion unterstützt einstimmig die «Armeebotschaft 2022».
- Die Armeebotschaft 2022 beinhaltet rund 6 Milliarden Franken für die Beschaffung von 36 F-35 Kampfflugzeugen und knapp 2 Milliarden für ein neues BODLUV System Patriot.
- Dank des koordinierten Vorgehens zwischen Ständerat und Nationalrat, wurde die sofortige Beschaffung des F-35 beschlossen, um den Schutz der Bevölkerung vor Bedrohungen aus der Luft auch nach 2030 zu gewährleisten.
- Am 19. September 2022 unterschrieb die armasuisse den Kaufvertrag für die Beschaffung des F-35. Einen Tag später, am 20. September 2022, gab die Allianz gegen den F-35 bekannt, dass die Volksinitiative "Stopp F-35" zurückgezogen wurde.


 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

22.005

Armeebotschaft 2022

vom 16. Februar 2022

BBl 2022
www.bundesrecht.admin.ch
Angeordnet ist die Signatur
elektronische Fassung



Sehr geehrte Frau Nationalratspräsidentin
Sehr geehrter Herr Ständeratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

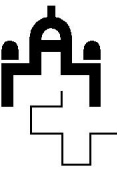
Mit dieser Botschaft unterbreiten wir Ihnen, mit dem Antrag auf Zustimmung, die Entwürfe der folgenden Bundesbeschlüsse:

- Bundesbeschluss über die Beschaffung der Kampfflugzeuge F-35A,
- Bundesbeschluss über die Ausserdienststellung der Kampfflugzeuge F-5 Tiger,
- Bundesbeschluss über die Beschaffung des bodengestützten Luftverteidigungssystems grösserer Reichweite Patriot,
- Bundesbeschluss über die Beschaffung von Armeematerial 2022,
- Bundesbeschluss über das Immobilienprogramm VBS 2022.

Wir versichern Sie, sehr geehrte Frau Nationalratspräsidentin, sehr geehrter Herr Ständeratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

16. Februar 2022

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates
Der Bundespräsident: Ignazio Cassis
Der Bundeskanzler: Walter Thurnherr



Kehrtwende I der Mitte-Partei: Eine Ausweitung des Schweizer Sanktionsregimes wird nun abgelehnt

- In der Juni-Session hatte die SVP vor der Ausweitung der Sanktionspolitik mit folgenden Argumenten gewarnt: Fundamentale Kehrtwende in der Schweizer Sanktionspolitik; Zweifel an der Wirksamkeit eigenständiger Sanktionen; Probleme bei der Umsetzung; Risiko von Gegenmassnahmen; wirtschaftliche Risiken.
- Ein Quartal später schwenkt auch die Mitte-Partei auf diese Linie ein und lehnt die ursprünglich von Mitte-Links geforderte Ausweitung ab.
- Trotzdem hat der Nationalrat gleichzeitig eine Motion an den Zweitrat verabschiedet, die vom Bundesrat eine «eigenständige Sanktionspolitik» verlangt (Vorstoss Nr. 22.3395: „Kohärente, umfassende und eigenständige Sanktionspolitik“). Es ist zu hoffen, dass der Ständerat auch diesen Mitte-Vorstoss ablehnt.

Breiter Konsens für eigenständige Sanktionen

Nationalrat ändert Embargogesetz Die grosse Kammer will, dass der Bundesrat bei Verstössen gegen das internationale Recht von sich aus Strafen verhängt. Was vier führende Aussenpolitikerinnen und -politiker zu dem Paradigmenwechsel sagen.

Berni Galtner

Es ist eine substantielle Neuausrichtung in der Schweizer Sanktionspolitik. Künftig soll der Bundesrat eigenständige Strafmassnahmen gegen Staaten, Einzelpersonen, Unternehmen und Organisationen aussprechen können. Und zwar immer dann, wenn Staaten Menschenrechte verletzen oder andere schwere Verstösse gegen das Völkerrecht begehen. Der Nationalrat verabschiedete die entsprechende Motion gestern im Embargogesetz.

Aktuell kann die Schweiz Sanktionen mittragen, wenn diese von der UNO, der ILO oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ausgesprochen werden. Der Vorschlag für eigenständige Schweizer Sanktionen, die der Bundesrat unabhängig von den internationalen Organisationen anwenden kann, führte die grosse Kammer mit 134 zu 53 Stimmen. Die Nein-Stimmen kamen allesamt von der SVP. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Bundesrat Guy Parmelin (SVP) wehrt sich gegen die neue Möglichkeit eigenständiger Sanktionen. Für den Bundesrat bedeute dies eine grundsätzliche Abkehr von der bisherigen Sanktionspolitik. Es sei unklar, welche Kriterien für das Verhängen von Strafmassnahmen angewandt werden sollen. Deshalb drohen langwierige Rechtsstreitigkeiten.

Die FDP-Fraktion spielte im Nationalrat gestern eine besondere Rolle. Sie lehnte eigenständige Sanktionen ab, trug in der Gesamtabstimmung die Vorlage aber dennoch mit. Auf diese Weise könne sich der Ständerat nachmals mit der Sache befassen, sagte Petra Gössi im Namen der FDP-Fraktion.

Der Ständerat hatte bei der ersten Beratung des Embargogesetzes eigenständige Sanktionen abgelehnt. Die kleine Kammer befasste sich rund acht Monate vor Beginn des Ukraine-Kriegs erstmals mit dem Gesetz.

Überrascht ist, dass die Vorlage einem grundlegenden Paradigmenwechsel gleichkomet. Hier die Positionen von vier führenden Aussenpolitikerinnen und -politikern zum neuen Beginn.

— **Medina**

«Völlig wichtig»
«Die neuen gesetzlichen Möglichkeiten sind sinnvoll, gerade auch mit Blick auf kleinere Staaten»



Verhört gegen die Gesetzesänderung: Der Zürcher SVP-Nationalrat Roger Köppel. Foto: Dan Christen / Keystone



Sie begrüssen die Möglichkeit eigenständiger Strafmassnahmen (v.l.): Tania Angiola Moser (GLP, ZH), Elisabeth Schenkel-Schneider (CVP, BL) und Fabian Medina (SP, ZH). Photo: (Grafik: Reto) / Keystone

ten mit Despoten an der Spitze. Dann kann der Bundesrat Konzepte von Potentialen eigenständig sperren. Das internationale Recht als für die Schweiz als kleiner Staat wichtig. Wir haben ein grosses Interesse daran, dass das internationale Recht eingehalten wird. Rechtsbrüche müssen Folgen haben und nicht einfach nur verbal angegriffen werden. Es

ist auch moralisch extrem wichtig, dass die Schweiz es nicht akzeptiert, wenn Menschenrechte mit Füssen getreten werden.»
— **Schneider-Schneider**
«Kohärente Sanktionspolitik»
«Die Schweiz kann sich nicht mehr einfach von der Weltpolitik verabschieden, auf der Zuschauertribüne verharren und

gleichzeitig erwarten, dass die Welt sie dafür bejubelt. Die Mitte will deshalb eine kohärente und ganzheitliche Sanktionspolitik. Eigenständige Sanktionen sollen Teil davon sein. Der Bundesrat muss die Möglichkeit haben, unbedingte und unilaterale Sanktionen festzulegen, ohne dass diese zuvor international beschlossen wurden. Damit sei

helt er ein neues Instrument in die Hand, welches er für die Wahrung der Interessen in unserem Land nutzen und mit dem er seine Verhandlungsposition stärken kann. Ich bin überzeugt, dass er dieses neue Instrument verantwortungsvoll und unter Wahrung der Neutralität nutzen wird.»

— **Köppel**

«Massive Aufrüstung»
«Dieses Gesetz bedeutet eine massive Aufrüstung. Damit bekräftigt sich die Schweiz bei der Zahne. Dahinter verbirgt sich ein Grössenwahn. Mitte-links bildet sich ein, sie können mit diesen neuen Sanktionsmitteln Grössenmacht zur Erhaltung des Völkerrechts zwingen. Das aber ist eine komplette Illusion.

«Genau so liesse sich die Schweiz in Kriege hineinziehen. Das aber ist brandgefährlich.»

Roger Köppel
SVP-Nationalrat

Eine solche Politik blendet die bündelnde, vorhersehende Folgen der Sicherheit und die Wahrung der Schweiz völlig aus. Solche Massnahmen sind dazu geeignet, die Schweiz in Kriege hineinzuziehen.
Man sieht diese Gefahr bereits jetzt beim Ukraine-Krieg. Am Anfang standen die Sanktionen. Dann meinte man, dass die kamm etwas bringen. Dann folgte die Diskussion um Munitionslieferungen. Heute man die «Exklusivgespräche weiter, in gegen der Munition Waffen, die Soldaten, die Krieglöhende diesen Willen anwenden. Genau so liesse sich die Schweiz in Kriege hineinzuziehen. Das aber brandgefährlich.»

— **Moser**

«Zielgerichteter vorgehen»
«Es ist richtig, dass der Bundesrat mehr Flexibilität hat, um seinen im Interesse des Landes auszuüben. Im Sinne von international abgestimmten Sanktionen soll die Schweiz eigenständig Massnahmen ergreifen können, um internationale Sanktionsziele erreichen zu können. Dabei geht es zum Beispiel um Personen, die schwere Menschenrechtsverletzungen begangen haben. Wenn eigenständige Sanktionen dem übergeordneten Ziel dienen, jene zu bestrafen, die Menschen- oder Völkerrechte brechen, macht dies Sinn.»

Kehrtwende II der Mitte-Partei: Das Parlament beschliesst die vollständige Rückzahlung der Corona-Schulden bis 2035

- Der Bundesrat will die Corona-Schulden bis 2035 vollständig mittels künftiger Finanzierungs-überschüsse abbauen.
- Noch in der Sommersession beschloss der Nationalrat gemäss Antrag einer Mitte-Links-Allianz, nur die Hälfte der Corona-Schulden zurückzuzahlen. Dies wurde vom Ständerat verworfen, der den ursprünglichen Antrag des Bundesrates unterstützte.
- Bei der neuerlichen Abstimmung im Nationalrat wurde nun der Antrag von SVP-Nationalrat Lars Guggisberg angenommen und damit der Version von Bundesrat und Ständerat zugestimmt. Die Corona-Schulden werden nun bis 2035 vollständig zurückbezahlt.

Der Nationalrat greift zum Zauberstab

Eine Mehrheit von FDP bis Grünen möchte die Corona-Schulden mit einem buchhalterischen Kniff halbieren

FABIAN SCHÄFER, BERN

Zuerst kamen die Viren, dann die Milliarden. Kurz nach Ausbruch der Corona-Krise hat der Staat die Schleusen geöffnet. Ganz geschlossen sind sie bis heute nicht. Kurzarbeit, Erwerbsersatz, Härtefälle, Covid-19-Tests, Impfstoffe, Sport, Kultur: Unter vielen Titeln und in hohem Tempo haben der Bundesrat und das Parlament in der Krise Ausgaben in Milliardenhöhe beschlossen. Nun geht es finanzpolitisch ans Aufräumen. Am Mittwoch hat der Nationalrat beschlossen, wie er die zusätzlichen Schulden wieder abbauen will.

Die provisorische Bilanz fällt eifrig aus: 30 Milliarden Franken – in solchen Sphären dürfte sich der aufsummierte Fehlbetrag Ende Jahr bewegen. Diese Grössenordnung...



licht durchsetzen.

JOHANN ARNO/KEYSTONE

21.09.2022, 11:51

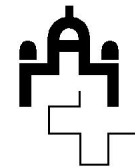
Parlament regelt den Abbau der Corona-Schulden

Über den Abbau der ausserordentlichen Corona-Schulden von 26 Milliarden Franken herrscht nun Einigkeit zwischen den Räten. Der Nationalrat ist am Mittwoch auf die Variante des Ständerates und des Bundesrates eingeschwenkt. Damit ist das Geschäft bereit für die Schlussabstimmung.

Der Bundesrat will entgegen dem Nationalrat keine vergangene Überschüsse aus dem ordentlichen Bundesbudget in den Abbau der Corona-Schulden stecken. Das Minus von 26 Milliarden Franken aus ausserordentlichen Corona-Massnahmen soll vielmehr im sogenannten Amortisationskonto bis 2035 ausgeglichen wird.

Bewerkstelligen wollen Bundes- und Ständerat das mit Zusatzausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank und Überschüssen aus dem ordentlichen Bundesbudget. Dem hat sich nun auch der auch der Nationalrat angeschlossen.

Der Bund in notwendigen... Dabei denkt Gmür in erster Linie an die zusätzlichen Ausschüttungen der Nationalbank von 1,3 Milliarden Franken im Jahr, mit denen der Bund in den nächsten Jahren rechnen darf. Im bürgerlichen Lager besteht Einigkeit, dass dieser Betrag bis auf weiteres ausserordentlich verbucht werden soll. Dieser Entscheid trägt einerseits zum Schuldenabbau bei, andererseits kann das Parlament dieses Geld nicht für andere, politisch verlockendere Vorhaben einsetzen. Ideen für höhere Ausgaben gibt es zuhauf. Die Palette reicht vom Armeebudget bis zu höheren Prämienverhältnissen. Doch das Geld wird knapp. Finanzminister Maurer hat am Mittwoch bekräftigt, dass die nächsten Jahre schwierig werden dürften. Mit seinem Kunstgriff erreicht der Nationalrat immerhin, dass er früher frei über die Nationalbank-Millionen verfügen kann. Voraussetzung ist, dass auch der Ständerat mitmacht, der als Nächstes am Zug ist.



Gemäss einem internen Bundesratspapier ist die Lage der Bundesfinanzen weit dramatischer als bisher bekannt war

Der verhinderte Mahner

Kommunikationspanne offenbart Interna – Finanzminister Ueli Maurer wollte das Parlament zur Ordnung rufen, durfte aber nicht

«Wir haben nicht Gelder für alle»

Bundesrat Ueli Maurer hält eine Rede zur Finanzlage der Nation

FABIAN SCHÄFER, BERN



«Es schadet nicht, wenn wir den Franken häufiger zweimal umdrehen als bisher», Ueli Maurer am Mittwoch im Ständeratssaal. WOLFGANG SCHÄFER

«Die besten Jahre über»

Nicht mit Ueli Maurer: «Wir haben nicht Gelder für alle», hielt der Finanzminister in seiner Predigt fest. Auch wenn die Schweiz in einer besseren Situation sei als andere Länder und auch wenn man die Situation natürlich ernst nehmen müsse: «Es ist einfach nicht der Moment dazu», wegen einer Feuerung von 35 Prozent wieder die Gasskappe auf Bundesebene herunterzunehmen und überall Subventionen zu bezahlen.

Wenn das Parlament unbedingt mehr Geld verteilen will, müsste es zuerst die Prioritäten klären. In den Worten des Finanzministers: Wenn schon, müsse man vorab definieren, was tatsächlich Notlagen entzünden könnten. Eindeutig: warnte Maurer davor, solchen wiederholte, ausserordentliche Ausgaben zu beschliessen und Notrechte einzusetzen, um auf die Schnelle mehr Geld auszugeben zu können.

Dann wurde er grundsätzlich. Ueli Maurer scheint zu befürchten, dass die Mehrheit im Parlament die Lage falsch einschätzt. Sein Ausblick (ist) trüb sei: «Die Zeiten werden wirtschaftlich nicht so gut sein wie in den letzten fünfzehn Jahren. Wir hatten die besten Jahre der Eigenkassensituation über: ein unglaubliches Wirtschaftswachstum; wir konnten uns alles leisten.» Das werde nicht mehr im gleichen Ausmass möglich sein. Dann sieht Maurer jedoch auch Güter: «Es schadet nicht, wenn wir den Franken häufiger zweimal umdrehen, welches die prioritären Aufgaben des Staates sind.»

einzigsten, um auf die Schnelle mehr Geld auszugeben zu können.

Dann wurde er grundsätzlich. Ueli Maurer scheint zu befürchten, dass die Mehrheit im Parlament die Lage falsch einschätzt. Sein Ausblick (ist) trüb sei: «Die Zeiten werden wirtschaftlich nicht so gut sein wie in den letzten fünfzehn Jahren. Wir hatten die besten Jahre der Eigenkassensituation über: ein unglaubliches Wirtschaftswachstum; wir konnten uns alles leisten.» Das werde nicht mehr im gleichen Ausmass möglich sein. Dann sieht Maurer jedoch auch Güter: «Es schadet nicht, wenn wir den Franken häufiger zweimal umdrehen, welches die prioritären Aufgaben des Staates sind.»

Der Buchhaltertrick

Bei den Corona-Schulden hat er sich denn auch klar durchgesetzt: Der Ständerat spricht sich angesichts der Absicht der EU, die Schulden

Oh, die Standpunkte, wie sie sich Ende Jahr auf 25 bis 30 Milliarden Franken belaufen dürften, für die vor Maurer gesetzte Zielvorgabe der SP und der Mitte zu den Krediten und den Prämienverbilligungen. Falls es hier knapp wird, dann wohl im Ständerat, wo Mitte-Vorredner oft eine etwas rigide Haltung vertrete. Und die Kollegen im Nationalrat, in denen hat sich Maurer am Mittwoch die richtige Parolenkammer für seine Meinung ausgesucht.

der EU die Schulden streichen für die Wirtschaft verstanden wird, ist recht viel gegeben wird.

In Ständerat und auf offenen Beträge, die ordentliches Geld sind, voll für den Staat. Ende des 2020 dieser langen 2 denabau schneidet sich was freierbühnen lediglich die er Jungen der Not denabbau fies Kreditlinie, die

Ab 2024 droht Die Frage ist nur Nach den jüngsten, anbank ist laut B zu betonen, die nicht einmal die tungen erhalten, nisse des Parli Fort für die Korts

gel anzubieten.

Parmelin gegen Maurer

Dieses Mal wird daraus nichts. Maurer ist mit seinem Antrag im Bundesrat nicht durchgekommen, wie gut informierte Quellen bestätigen. Dies lag offensichtlich weniger am Sparappell als an den inhaltlichen Vorentscheidungen, die der SVP-Bundesrat dem Kollegium abringen wollte. Weil vernünftige Sparpakete zeitlichen Vorlauf benötigen, wollte Maurer jetzt schon erste Eckwerte festlegen und diese im Januar ins Parlament bringen. Insbesondere sollte der Bundesrat das Bekenntnis abgeben, dass er die sich abzeichnenden Probleme ohne Steuererhöhungen lösen will.

Auch unliebsame Vorschläge waren Teil des Antrags: Zum Beispiel wollte Maurer notens volens die bereits be-



Bundesrat Ueli Maurer spricht am 12. September, dem ersten Tag der Herbstsession, zur grossen Kammer. ALESSANDRO TELLA/ALFA / EPSTEIN

schlossene Abschaffung der Industriezölle nicht wie geplant 2024 umsetzen, sondern erst später. Dies soll insbesondere bei seinem Parteikollegen, dem Wirtschaftsminister Guy Parmelin, auf Widerstand gestossen sein. Auch sollen sich mehrere betroffene Departemente mit Mitberichten zur Wehr gesetzt haben, um Entscheide abzuwenden, die ihren unmittelbaren Interessen zuwiderlaufen.

Tenor im Bundesrat: Es ist noch zu früh, um die Weichen zu stellen. Man will abwarten, was die nächsten Wochen bringen. Offenbar argwöhnen einige Kollegen, Maurers Zahlen seien allzu pessimistisch.

Dass der Vorgang hiermit nachträglich öffentlich wird, ist auf eine eigenartige Panne in der Kommunikation zwischen der Bundeskanzlei und dem

Parlament zurückzuführen. Am Freitagabend nach der Bundesratssitzung verschickte das Sekretariat der Parlamentsdienste eine Mail an die zuständigen Stabsstellen sowie an die Büros von National- und Ständerat. Zu diesem Kreis zählen neben den Präsidenten der Räte unter anderem alle Fraktionschefs. Betreff: ausserordentliche Sessionen zum Thema der Bundesfinanzen.

Angeheftet ist das Gesuch des Bundesrats, unterschrieben von Bundespräsident Ignazio Cassis und Bundeskanzler Walter Thurnherr. Nebst der genannten «Erklärung» ersucht die Regierung das Parlament, in der ersten Januarhälfte des Jahres 2023 eine dreitägige ausserordentliche Session zu traktandieren. Sie soll dazu dienen, eine Finanzdebatte abzuhalten und zugleich erste Pflichten einzuschlagen. In einem Grundsatz- und Plan-

nungsbeschluss soll das Parlament Vorgaben zur Bereinigung des Finanzplans 2024 bis 2026 festlegen.

Der Ton des bundesrätlichen Schreibens ist höchst bekümmert. Die finanziellen Aussichten seien «ausgesprochen besorgniserregend», steht in dem Brief. Das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben sei schon in den nächsten Jahren «ernsthaft gefährdet». Das alles klingt beunruhigend.

Nur: Eine gute Stunde später werden die Gesuche des Bundesrats als «gegenstandslos» erklärt. «Diese Briefe wurden vom Bundesrat nicht verabschiedet und versehentlich an uns weitergeleitet», korrigiert das Sekretariat der Parlamentsdienste in einer weiteren Mail an denselben Empfängerkreis. Betreff dieses Mal: Corrigendum. Wie es zu diesem Malheur zwischen den Staatsgewalten kommen

konnte, liess sich nicht klären. Mehrere Anfragen blieben unbeantwortet.

Hinter den Kulissen ist der Ärger teilweise beträchtlich. Gut möglich, dass die Bundeskanzlei sich quasi selbst gelehrt hat. Dies würde nicht einer gewissen Ironie entbehren. Nach den unzähligen Indiskretionen während der Corona-Pandemie hat es sich Bundeskanzler Thurnherr zur Aufgabe gemacht, die ungedachten Stellen in der Verwaltung zu stopfen.

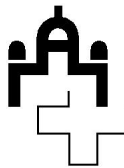
Steuervorlagen auf der Kippe

Wichtiger aber ist, dass es dem Bundesrat gelingt, die ungedachten Stellen im Haushalt zu stopfen. Ewig wird sich die Spardebatte, die Ueli Maurer lancieren wollte, nicht hinausschieben lassen. Just am Mittwoch musste der Finanzminister mit ansehen, wie der Nationalrat die nächste Milliarde verteilt (an die Bezüger von Prämienverbilligungen). Maurer nutzte die Debatte, um im Kleinformal den Sparappell abzusetzen, den ihm der Bundesrat verwehrt hat. Genützt hat es wenig.

Maurer nannte neue Zahlen. Demnach droht gemäss heutiger Planung 2024 bereits ein Defizit von bis zu drei Milliarden Franken, falls das Parlament an einen Sparmassnahmen festhält.

2024 und 2025 könnten die Fehlbeträge gegen fünf bzw. sieben Milliarden Franken tendieren. Dabei geht es unter anderem um diese Posten: Erhöhung des Armeebudgets, dauerhafter Ausbau der Prämienverbilligung, Gegenentwurf zur Gläserninitiative, höhere Steuerabzüge für Krankenkassenprämien sowie Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung. Falls die Ukraine-Flüchtlinge über 2024 hinaus bleiben, kommen weitere Mehrkosten hinzu. Wegen der Verstrimmung mit der EU drohen bei der Forschung höhere Ausgaben.

Und das Parlament diskutiert Steuervorlagen, die grosse Ausfälle zur Folge hätten: die Abschaffung des Eigenmietwerts sowie die Einführung der Individualbesteuerung. Zumindest hier dürfte finanzpolitisch aber wenig Grund zur Besorgnis bestehen. Es sieht nicht so aus, als würde das Parlament diese schwierigen Reformen bald ins Ziel bringen – wenn die Mehrheit einmal den Ernst der Lage erkannt hat, erst recht nicht.



Unnötige Verlängerung der Covid-19-Gesetzgebung

- Nur die SVP wehrte sich gegen Bundesrat Bersets Votum, dass sich die Schweiz in Bezug auf die Covid-Pandemie nur in einer Übergangsphase befände. Bis im Sommer 2024 sollten gemäss Berset teure und nutzlose Massnahmen, wie das nicht funktionierende «proximity tracing», weiter vom Bund und schlussendlich vom Steuerzahler finanziert werden. Die grosse Kammer bereitet ein weiteres Mal das Terrain für eine mögliche grossflächige Beschneidung der Volksrechte mit 140 zu 47 Stimmen bei 1 Enthaltung vor.

Nationalrat
Herbstsession 2022
22.046 Covid-19-Gesetz, Änderung (Verlängerung und Änderung ausgewählter Bestimmungen)

Entwurf des Bundesrates
Anträge der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates
vom 3. Juni 2022
vom 18. August 2022
Mehrheit
Eintreten und Zustimmung zum Entwurf, wo nichts vermerkt ist

Bundesgesetz
über die gesetzlichen
Grundlagen für Verordnungen
des Bundesrates zur Bewältigung
der Covid-19-Epidemie
(Covid-19-Gesetz)

Änderung vom ...
Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates
vom 3. Juni 2022,
beschliesst:

Die Schweiz in der Corona-Endlosschleife

Das Parlament entscheidet, ob das Covid-Gesetz bis 2024 gelten soll

KATHARINA FONTANA

Die kalte Jahreszeit rückt näher und damit auch die Frage, wie die Schweiz den dritten Winter mit dem Coronavirus angehen will. Im ersten Winter, 2020, galt im Land die besondere Lage, der Bundesrat schloss Läden und Beizen, setzte Obergrenzen für private Treffen fest, verordnete die Maskenpflicht und vieles mehr. Die Intensivbettenplätze waren knapp, und die Stimmung war gereizt. Den zweiten Winter, 2021, verbrachte das Land ebenfalls in der «besonderen Lage», es gab neu die Impfung, der Bundesrat setzte auf das Covid-Zertifikat und schloss Impfwillige vom gesellschaftlichen Leben aus. Die Intensivbettenplätze waren noch knapper als im Jahr zuvor, und die Stimmung war noch gereizter. Im Februar 2022 war das Gröbste überstanden, der Bundesrat hob die Zertifikatsregelung im Inland auf. Ende März fielen die letzten Einschränkungen, und man wechselte in die «normale Lage».

Ein rotes Tuch

Das Gesetz ist nämlich für staatskritische Geister ein rotes Tuch. Ursprünglich sollte es für die Notwendigkeiten des Bundesrates, die dieser zu Beginn der Pandemie beschlossen hatte, eine rechtliche Grundlage nachliefern und war mit Ausnahme vereinzelter Bestimmungen bis Ende 2021 befristet. Seither wurde es mehrfach geändert, zudem wurde seine Geltungsdauer bis Ende Dezember 2022 verlängert. Das Gesetz verleiht dem Bundesrat eine beachtliche Machtfülle – eine viel zu grosse, meinen die Kritiker. Namentlich die vom Bundesrat beschlossene schrittweise Ausweitung der Zertifikatspflicht (2-G-Regel) und der damit aufgesetzte Impfdruck sorgten im vergangenen Jahr für heftige emotionale Debatten. Zwei Mal wurden die Stimmberechtigten an die Urne gerufen, weil Bürgerbewegungen, allen voran die Freunde der Verfassung, nachträglich das Referendum gegen das dringlich



Im Corona-Winter

Nationalrat verlängert das Covid-19-Gesetz bis 2024

Einzig die SVP spricht sich gegen die Vorlage aus

in Kraft gesetzt hatten. Die den befand, dungen brauch krie zu bewä. Nun, im S die Frage, ob immer brauch

Referend. Marenz und im Vorvor wurde Remoldi In der B die in den letzten beiden Jahren gegen die Frage, die Covid-Massnahmen demontierung, die. Jetzt wirkt es wie eine Figur aus einer anderen Zeit. Das Virus ist auch ab, aber aus den Kripten sinden Metachosen weigehend erforderlich. Gleich verhält es sich mit dem Covid-19-Gesetz. Dieses trat am 10. September 2020, also zwischen Pandemie und der zweiten Welle, in Kraft und wurde seither von der Stimmbereifung zweimal gutgeheissen. Teile des Zertifikats, sollen nun weiterhin gelten. Bis 2024, wenn es nach dem Willen der Nationalrats geht, der die Verlängerung bestimmter Artikel als Erstzitat behandelt hat.

SVP spricht von «Panikmache»
Die absehbare Debatte über die gesetzliche Grundlage für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) wird am 18. August 2022 im Nationalrat diskutiert. Die SVP spricht von «Panikmache» und fordert, dass das Gesetz bis Ende 2021 befristet bleibt. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates hat das Gesetz am 18. August 2022 mit 140 zu 47 Stimmen bei 1 Enthaltung verlängert bis Ende Dezember 2022.



Zur Informationsveranstaltung über das Coronavirus auf der Anlaufzeit der Pandemie im März 2020 in der Aussenbahn Wetzikon.

Berset nicht falsche Anreize
Der Bundesrat und eine Minderheit, bestehend aus der Mitte und der SVP, kämpfen vergeblich dagegen. Ein Antrag zur Verabschiedung beim Nationalrat ist im August 2022 im Nationalrat diskutiert. Die SVP spricht von «Panikmache» und fordert, dass das Gesetz bis Ende 2021 befristet bleibt. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates hat das Gesetz am 18. August 2022 mit 140 zu 47 Stimmen bei 1 Enthaltung verlängert bis Ende Dezember 2022.

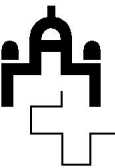
der Umsetzung ist obligatorisch. Innter 100 Tagen nach Annahme im Parlament müssen Volk und Stände das entsprechende Gesetz gutheissen, sonst tritt es ausser Kraft. Es geht ihm nicht in erster Linie um das Covid-Gesetz, sondern um die Wahrung des Referendumsrechts, sagt Zindel. Wenn man erst Monate später über einen Erlass abstimmen könne, sei die Sache meist schon gelaufen, die Bevölkerung habe sich an die neue Regelung gewöhnt.

Diesen Schluss legt auch die Abstimmungspraxis nahe: So werden Referendumsvorlagen ungleich häufiger gutgeheissen, wenn nachträglich über sie abgestimmt wird, während Vorlagen, die den normalen aufstrebenden Referendum unterstehen, an der Urne einen deutlich schwereren Stand haben. Dies lässt annehmen, dass Bundesrat und Parlament mit dringlich erklärten Bundesgesetzten Fakten schaffen und die Ausgangslage zu ihren Gunsten verändern.

Sein Anliegen habe nichts mit Links oder Rechts zu tun, meint Zindel. Er selber sei politisch ein unbeschriebenes Blatt und treibe die Initiative ohne grosse Organisation im Rücken voran. Von den Parteien erhofft er sich nicht allzu viel, weil sie sich nicht ernsthaft in der Stärkung der Volksmacht interessieren, befürchtet er.

reicht nicht
allegen den Namen tiven» gegeben – in n grossen liberalen vor Zaccaria Giacomelli des Zweiten Weltkriegs Zürich geleht zu das Vollmachten-lerant kritisiert hatte, diesem Zweck einen Zaccaria Giacomelli, itt aus dem bündneri- a Präsidenten im Initia-

anzel mochte sich dem a Instanzen allerdings en, egal, ob ein Giacomelli präsidentiert oder nicht, das Anliegen um die Bezeichnung «Volk und seinen über dringlich erge-geizet». Das Zindel und ter bis Mitte 2023 die n-briefen zusammenbringen inswegs sicher: starrpöbel en sind in der Regel keine ur die anstehende Verlan-Covid-Gesetzes können kei- mehen zu spit. Für Denke-ber allem gut.



Der Ständerat lehnt die Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit erneut ab: Damit bleiben Volk und Stände der Souverän

- Die beiden Mitte- und Grünen Ständeräte Stefan Engler und Mathias Zopfi forderten mit gleichlautenden Vorstössen die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit gegenüber Bundesgesetzen und allgemeinverbindlichen Bundesbeschlüssen.
- Sowohl der Bundesrat als auch die Mehrheit des Ständerates lehnten diese Vorstösse klar ab.

Der Ständerat will keinen Richterstaat

Das Bundesgericht soll auch künftig keine Bundesgesetze umstossen können.

KCH/ARND BRONKHORST

Die Hoffnungen hingen hoch, doch am Ende ging das Ständerats-Duo Stefan Engler und Mathias Zopfi in Verlierer-Platz. Engler, Bundesrat Mitte-Politiker, und Zopfi, Grünen aus Glarus, hatten im Ständerat mit zwei gleichlautenden Motionen die Verfassungsgerichtsbarkeit gegenüber Bundesgesetzen verlangt. Doch daraus wird nichts: Die kleine Kammer hat dem Antrag am Montagabend mit 29 zu 15 Stimmen eine Absage erteilt. Damit blieb sie ihrer bisherigen Auffassung treu, dass die Schweiz keine Verfassungsgerichtsbarkeit auf Bundesebene braucht.

Folgernd reagierten sich interessierte Verschiebungen: Einige Linke stellten sich gegen das Vorhaben, was ernstlich ist, weil die Linke in den letzten Jahren einen grossen Populismus erlebt. Einige Bürgerliche dagegen hielten sich von ähnlichen Gegnern zu befürworten, der Verfassungsgerichtsbarkeit.



Während der Corona-Pandemie führten viele Massnahmen gegen die Bundesverfassung ins Feld, wie hier an einer Kundgebung im Mai 2021 in Neuchâtel.

Geschäft / Objet:

21.3689 Mo. Engler. Grundrechte und Föderalismus stärken und die Rechtsstaatlichkeit festigen. Ein neuer Anlauf zur Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit
Mo. Engler. Consacrer le contrôle de constitutionnalité pour renforcer les droits fondamentaux, le fédéralisme et l'Etat de droit
Mo. Engler. Rafforzare i diritti fondamentali e il federalismo e consolidare lo Stato di diritto. Nuovo tentativo di introdurre la giurisdizione costituzionale

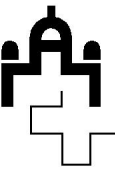
Gegenstand / Objet du vote: Abstimmung über die Motionen 21.3689 und 21.3690

Abstimmung vom / Vote du: 12.09.2022 19:42:48

Bauer	Philippe	-	NE
Baume-Schneider	Elisabeth	+	JU
Bischof	Pirmin	-	SO
Burkart	Thierry	-	AG
Carobbio Guscetti	Marina	-	TI
Caroni	Andrea	+	AR
Chassot	Isabelle	+	FR
Chiesa	Marco	-	TI
Dittli	Josef	-	UR
Engler	Stefan	+	GR
Ettlin	Erich	-	OW
Fässler	Daniel	-	AI
Français	Olivier	-	VD
Gapany	Johanna	-	FR
Germann	Hannes	-	SH
Gmür-Schönenberger	Andrea	-	LU
Graf	Maya	+	BL
Häberli-Koller	Brigitte	-	TG
Hefti	Thomas	P	GL
Hegglin	Peter	+	ZG
Herzog	Eva	+	BS
Jositsch	Daniel	+	ZH
Juillard	Charles	-	JU

Knecht	Hansjörg	-	AG
Kuprecht	Alex	-	SZ
Maret	Marianne	-	VS
Mazzone	Lisa	-	GE
Michel	Matthias	-	ZG
Minder	Thomas	=	SH
Müller	Damian	-	LU
Noser	Ruedi	-	ZH
Reichsteiner	Paul	-	SG
Reichmuth	Othmar	-	SZ
Rieder	Beat	-	VS
Salzmann	Werner	-	BE
Schmid	Martin	-	GR
Sommaruga	Carlo	-	GE
Stark	Jakob	-	TG
Stöckli	Hans	+	BE
Thorens Goumaz	Adèle	+	VD
Vara	Céline	+	NE
Wicki	Hans	-	NW
Würth	Benedikt	+	SG
Zanetti	Roberto	+	SO
Z'graggen	Heidi	+	UR
Zopfi	Mathias	+	GL

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	15
- Nein / non / no	29
= Enth. / abst. / ast.	1
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	0
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

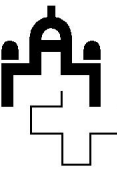


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/17): Steuerpolitik I

**Mitte, GLP, SP
und Grüne
sabotieren die
Abschaffung des
Eigenmietwertes**

**Ständerat
unterstützt
OECD-
Besteuerung**

- Fünf Jahre lang bereiteten die beiden Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben einen neuen Anlauf für die Abschaffung der Besteuerung des Eigenmietwertes vor (17.400). Der Ständerat hat in der Herbstsession 2019 die Abschaffung des Eigenmietwertes von selbstbewohnten Wohnungen unterstützt, jedoch Zweitliegenschaften von dieser Abschaffung ausnehmen wollen. Die Mehrheit der nationalrätlichen Kommission wollte einen kompletten Systemwechsel inklusive der Zweitliegenschaften ins Auge fassen. Ein kurzfristig eingereichter Rückweisungsantrag von Mitte-Nationalrat Ritter verlangte die Rückweisung des Geschäftes an die Kommission. Diesem Rückweisungsantrag wurde in der grossen Kammer mit 114 zu 77 Stimmen bei 2 Enthaltungen stattgegeben. Die Mitte und GLP schlugen sich auf die Seite der Grünen und Linken und blockieren die Abschaffung der Besteuerung des Eigenmietwertes und leisten dem wohl grössten Anliegen von Haus- und Wohneigentümern keine Folge.
- Die kleine Kammer nahm zur Kenntnis, dass der Bundesrat bis am 1. Januar 2024 eine Mindestbesteuerung für Unternehmen mit mehr als 750 Millionen Euro Umsatz einführen will (22.036). Die in der Theorie nicht rechtlich bindende 15% Mindestbesteuerung auf Unternehmensgewinne, welche durch die OECD verfügt wurde, sieht vor in einer ersten Phase eine solche Mindestbesteuerung vor. In einer zweiten Phase soll dann eine Markstaatbesteuerung folgen. Damit werden Unternehmen nicht mehr an ihrem Produktionsstandort, sondern im Land ihres Absatzmarktes besteuert. Obwohl der Verlust der Steuersouveränität in der ständerechtlichen Diskussion beklagt wurde, sah man keine Alternative zu den einschneidenden Verfassungsänderungen. Die kleine Kammer nahm die Vorlage einstimmig an. Das Geschäft geht nun in den Nationalrat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/17): Steuerpolitik II

**Nur SVP will
tiefere
Benzinpreise**

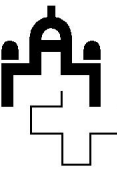
- Viele Menschen in der Schweiz brauchen ein Privatfahrzeug, um mobil zu sein und ihren Beruf ausüben zu können. Die SVP wollte diesen Teil der Bevölkerung durch die Aufhebung der Mineralölsteuer finanziell entlasten (22.3115, 22.3634, 22.3202, 22.3635). Dadurch wäre der Liter Benzin 80 Rappen günstiger geworden und hätte das Portemonnaie effektiv geschont. Der Vorschlag wurde jedoch im Nationalrat nur von der SVP unterstützt und mit 138 zu 57 Stimmen abgelehnt. Selbst eine temporäre, auf zwei Jahre begrenzte, Aussetzung der Mineralölsteuer wurde mit 135 zu 58 Stimmen verworfen. In der kleinen Kammer wurde die Aufhebung der Mineralölsteuer mit 34 zu 4 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt, die temporäre Aussetzung derjenigen mit 32 zu 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Die Vorstösse sind somit vom Tisch.

**DBAs mit
Äthiopien und
Armenien**

- Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Abkommen (22.028, 22.033) folgen weitgehend dem Musterabkommen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die grosse Kammer stimmte beiden Vorlagen mit 136 zu 30 Stimmen bei 17 Enthaltungen zu. Die beiden Vorlagen gehen nun in den Ständerat.

**Keine Erleich-
terung bei der
Rückforderung
der Verrech-
nungssteuer**

- Der Nationalrat lehnte einen Vorstoss (19.4635, 22.3396) ab, welcher forderte, dass bei der Verrechnungssteuer ausnahmslos die Dreieckstheorie eingeführt wird. Damit wären die Rückforderungen der 35% Verrechnungssteuer durch Holding- und Tochtergesellschaften vereinfacht worden. Insbesondere bei fehlenden Doppelbesteuerungsabkommen ist es heute für international tätige Firmen schwierig, diese Verrechnungssteuer zurückzufordern. Nur die SVP und FDP unterstützten diesen Vorstoss und unterlagen in der grossen Kammer mit 105 zu 77 Stimmen.



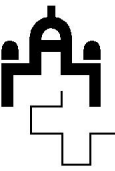
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/17): Werkplatz

Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Rentnern

- Mit 96 zu 79 Stimmen bei 2 Enthaltungen unterstützte die grosse Kammer die Ausarbeitung von Massnahmen, damit die Erwerbstätigkeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters gefördert wird (22.3865). Diese Förderung soll auch die Möglichkeiten von Senkungen der Einkommenssteuer ab Erreichen des Rentenalters beinhalten. Damit könnte dem demographischen Wandel entgegengewirkt, Sozialwerke entlastet und gleichzeitig dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Die Motion geht nun an den Ständerat.

Mehr Geld für den Tourismus

- Nach dem Ständerat nahm auch der Nationalrat mit 94 zu 88 Stimmen bei 5 Enthaltungen eine Motion (21.3743) an, welche verlangte den Tourismus mit zusätzlicher finanzieller Unterstützung zu stärken. Diese langfristige Finanzierung soll den Fokus auf Projekte im Bereich der nachhaltigen Entwicklung und Digitalisierung legen. Die SVP argumentierte vergebens, dass die über Innotour ermöglichten Anstossfinanzierungen nicht verstetigt und die Eigenverantwortung hochgehalten werden soll.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/17):

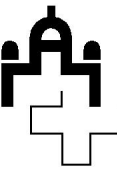
Migration I

**Nein zur
dynamischen
Anpassung des
Status S**

**Status S wird
nicht
eingeschränkt für
Personen aus
Drittstaaten**

**Erklärungen zur
«tiefen
Einbürgerungs-
zahl»**

- Die Ukraine ist ein Land, das 15 Mal grösser als die Schweiz ist und dessen grösster Teil glücklicherweise nicht von Kampfhandlungen betroffen ist. Der Nationalrat und der Ständerat lehnen zwei gleichlautende Motionen der SVP (22.3516, 22.3513) ab, die auf eine dynamische Anpassung des Geltungsbereichs des S-Statuts hinzielten, ab: Die grosse Kammer mit 135 zu 51 Stimmen bei 1 Enthaltung, die kleine Kammer mit 37 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.
- Nationalrat und Ständerat lehnten zwei gleichlautende SVP-Motionen (22.3514, 22.3518) ab, welche den Schutzstatus S auf ukrainische Staatsangehörige beschränken wollten: Mit 136 zu 50 Stimmen bei 3 Enthaltungen bzw. mit 37 zu 7 Stimmen. Dies hätte den Missbrauch des S-Status durch Wirtschaftsmigranten verhindert. Der Status S wurde rund 1'000 Personen ohne ukrainische Staatsbürgerschaft gewährt, obwohl nichts dagegen spricht, dass diese Personen in ihrem ursprünglichen Herkunftsland Schutz finden.
- Der Ständerat nimmt stillschweigend ein Postulat (22.3397) an, dessen Ziel es ist, die geringe Anzahl von Einbürgerungsgesuchen zu erklären, die von in der Schweiz geborenen oder aufgewachsenen Personen eingereicht werden. Allerdings gehört die Schweiz schon jetzt zu den Weltmeistern bei den Einbürgerungen mit rund 40'000 Einbürgerungen pro Jahr.



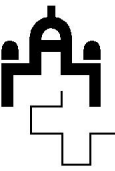
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/17): Aussenpolitik

**Handlungs-
freiheit des
Bundesrates in
Verhandlungen
mit der EU ein-
schränken**

**Weiterhin Gelder
für NGOs, die
Hassreden
verbreiten**

**Entwicklungs-
zusammenarbeit
vermehrt mit
lokalen Partnern**

- Die aussenpolitische Kommission hat eine Motion (22.3871) eingereicht mit dem Ziel die sozialpartnerschaftliche Lösung im EU-Dossier voranzutreiben. Konkret fordert die Motion, dass der Bundesrat mit den Sozialpartnern eine Einigung darüber erzielt, wie mit der EU verhandelt werden soll. Hierbei sollen die zentralen Fragen der Personenfreizügigkeit und der flankierenden Massnahmen explizit angesprochen werden. Weiter will die Motion den Handlungsspielraum des Bundesrates dahingehend einschränken, dass er das Parlament regelmässig über die Verhandlungen zu informieren hat. Der Nationalrat stimmte für diese Einschränkung des Handlungsspielraumes des Bundesrats mit 104 zu 80 (davon 52 SVP) Stimmen.
- Die kleine Kammer hat eine Motion (20.4559) abgelehnt, welche Massnahmen gegen Hass und gewaltverherrlichende Reden bei NGOs einführen will. Konkret soll die Finanzierung von NGOs dahingehend angepasst werden, dass Gelder nur noch fliessen, wenn bestimmte Kontrollvorschriften eingehalten werden. Die grosse Kammer hatte die Motion in der Frühjahrssession 2022 angenommen.
- Eine Motion (22.3534) forderte die Ausrichtung der Internationalen Zusammenarbeit für die Jahre 2025-2028 dahingehend zu priorisieren, dass der Fokus auf dem lokalen Privatsektor der Partnerländer liegt. Das Ziel ist es, in den Partnerländern nachhaltige Entwicklungsarbeit zu leisten indem die lokalen Partner vermehrt in die Verantwortung genommen werden. Der Ständerat stimmte dem Vorstoss oppositionslos zu. Nun geht das Geschäft an den Nationalrat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/17): Energiepolitik

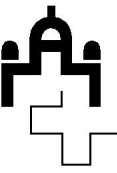
**Mantelerlass
„Sichere
Stromver-
sorgung mit
erneuerbaren
Energien“**

**Weniger Heizen
im Nationalrats-
saal**

**Transparenz bei
der
Stromherkunft**

**Einführung eines
Treibstoff-
Preisrechners**

- Beim Ausbau von erneuerbaren Energien (21.047) manifestierte sich im Ständerat das Dilemma zwischen Stromversorgungssicherheit und Umweltschutz. Einerseits wollte die kleine Kammer nichts davon wissen, dass die Erfüllung der Ausbauziele generell Vorrang gegenüber dem Umweltrecht geniessen soll und nicht von dessen Vorschriften erschwert werden darf. Andererseits beschloss sie, dass in Biotopen von nationaler Bedeutung neue Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus erneuerbaren Energien erstellt werden können. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.
- Ein Votum für kühlere Temperaturen gab der Rat unmittelbar nach der Debatte zum raschen Ausbau der Produktion von einheimischer Energie ab. Mit 158 zu 20 Stimmen hiess er einen Ordnungsantrag von Nationalrätin Andrea Geissbühler (SVP) gut, den Nationalratssaal in der Wintersession auf noch neunzehn resp. zwanzig Grad zu heizen. Das spare Energie und zugleich Heizkosten, sagte Geissbühler.
- Das Parlament will Konsumenten genauer darüber informieren, woher der von ihnen verbrauchte Strom kommt. Statt einmal im Jahr soll die Information über die Stromherkunft gemäss Motionstext quartalsweise oder monatlich erfolgen. Längerfristig soll nach Ansicht der Energiekommission des Nationalrates auch eine tägliche und schliesslich eine stündliche Kennzeichnung des Stroms möglich sein. Der Bundesrat erklärte sich einverstanden mit der Motion.
- Die Motion (22.3804) fordert die Einführung eines Preisrechners, welcher die Treibstoffpreise der verschiedenen Anbieter vergleicht. Damit soll die Transparenz für die Konsumenten verbessert werden. Mit 25 zu 18 Stimmen und 1 Enthaltung hat der Ständerat der Einführung eines solchen Preisrechners zugestimmt.

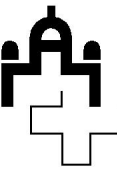


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/17): Umweltpolitik

**Biodiversitäts-
initiative und
wieder ein
indirekter
Gegenvorschlag**

**Zwangskurse für
Hobby-Gärtner**

- Der Nationalrat sagt als Erstrat Ja zum indirekten Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative (22.025). Der Bundesrat will mit dem indirekten Gegenvorschlag Biotop erweitern sowie die Waldreservate gemäss der Waldpolitik 2020 ausbauen. Für das Überleben der Arten sei es notwendig, dass die Gebiete, die dem Schutz von Tieren und Pflanzen dienen, miteinander vernetzt sind. Konkrete Flächenziele hat der Nationalrat aus der Vorlage gestrichen. Er setzt auf einen qualitativen Ansatz. In der Gesamtabstimmung hat die grosse Kammer der Änderung des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz und damit zusammenhängenden Erlassen mit 104 zu 83 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt. Die Volksinitiative empfiehlt der Nationalrat dagegen mit 101 zu 72 Stimmen bei 19 Enthaltungen zur Ablehnung. SVP und teilweise auch Mitglieder der Mitte und der FDP lehnten die Vorlage ab. Die Vorlage geht nun in den Ständerat.
- Die linksgrüne Verbotskultur zielt auch auf Hobby-Gärtner. Eine Motion von Ständerätin Maya Graf (20.4579) forderte ein Verbot von toxischen Pflanzenschutzmitteln für die nichtberufliche Anwendung. Der Ständerat gab bereits im Vorfeld grünes Licht für dieses Anliegen. Im Nationalrat wurde das Verbot in ein Obligatorium Fachkurse zu besuchen umgewandelt. Dies geschah mit 107 zu 84 Stimmen bei 4 Enthaltungen gegen den Willen der SVP. Der Ständerat wird diese Textänderung noch einmal beraten.



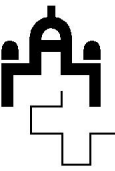
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (8/17): Fernmeldepolitik und Bundesimmobilien

**Postfinance darf
sich nicht auch
noch im
Hypothekar-
geschäft
ausbreiten**

**KMU nicht von
der Radio- und
Fernsehgebühr
befreien**

**300 Millionen
Franken für
Sanierung von
Bundesgebäuden**

- Mit dem Nichteintreten der vorliegenden Teilrevision (21.048) durch beide Räte wird der Weg frei für eine Vorlage, welche die Zukunft des ganzen Postkonzerns gesamtheitlich betrachtet und sowohl Vorschläge zur konkreten Ausgestaltung als auch zur Finanzierung der Grundversorgung mit Postdiensten und Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs beinhaltet. Mit dem Auftrag ans zuständige UVEK, bis im Sommer 2023 Vorschläge fürs weitere Vorgehen zu unterbreiten, hat der Bundesrat den ersten Schritt dazu bereits beschlossen.
- Die Parlamentarische Initiative von Fabio Regazzi (19.482) verlangt eine Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG) dahingehend, als dass nur noch Unternehmen mit 250 oder mehr Vollzeitstellen-Äquivalenten die Abgabe für Radio und Fernsehen zu entrichten haben. Firmen mit weniger als 250 Mitarbeitenden sind von der Abgabe zu befreien. Lernende werden nicht als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angerechnet. Der Nationalrat stimmte dieser Forderung am 15. März 2022 zu. Der Ständerat hat der Initiative mit 27 zu 14 Stimmen bei 4 Enthaltungen gegen den Willen der SVP keine Folge gegeben.
- In der diesjährigen Immobilienbotschaft (22.037) beantragt der Bundesrat dem Parlament fünf Verpflichtungskredite in der Höhe von total 296,1 Millionen Franken. Die grössten Bauprojekte sind die Sanierung und der Umbau eines Verwaltungsgebäudes in Ittigen, der Neubau eines Botschaftsgebäudes in Addis Abeba sowie der Neubau eines Bundesasylzentrums in Rümlang. Für das Klimapaket der Bundesverwaltung sowie für die Fotovoltaik-Offensive zur Erhöhung der Energieautonomie ist ein Verpflichtungskredit von 50 Millionen veranschlagt. Der Ständerat nahm den Bundesbeschluss an.

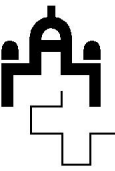


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (9/17): Sicherheitspolitik

**Übertritte in den
Zivildienst
erschweren und
Armeebestände
sichern**

**Armee muss sich
nebst der
Sicherheit auch
um die
Biodiversität
kümmern**

- Mit einer Motion (22.3055) griff SVP-Nationalrat Thomas Hurter das Problem der zahlreichen Wechsel von Armee in den Zivildienst auf. Die Motion fordert, dass der Bundesrat Massnahmen ergreift, welche dazu führen, dass der Zivildienst für bereits eingeteilte Armeeangehörige unattraktiver wird. Solche Massnahmen wurden notwendig, da zu viele Armeeangehörige in den Zivildienst wechseln und dadurch die Bestände der Armee gefährdet werden. Auslöser dieses Problems war die 2009 abgeschaffte Gewissensprüfung für den Übertritt von Armee in den Zivildienst. Die SVP konnte sich mit ihrer Motion im Nationalrat durchsetzen, welcher die Motion mit 93 (davon 47 SVP) zu 84 Stimmen und 1 Enthaltung annahm. Das Geschäft geht nun in den Ständerat.
- Eine Motion (21.4382) fordert, dass die Armee ihrer Bedeutung zum Erhalt der Biodiversität bewusst wird und entsprechende Massnahmen zu ergreifen hat. Die Motion sieht insbesondere vor, dass auf Armeearealen auf Pestizide verzichtet werden soll, dass Wildtierkorridore geschaffen werden sollen, und dass auf Lichtverschmutzung in der Nacht zu verzichten ist. Mit dieser Motion wird ein unnötiger Mehraufwand für die Bewirtschaftung von Armeearealen geschaffen und zudem wird die Armee an sich unnötig in ihrer Ausbildung eingeschränkt, indem zum Beispiel nächtliche Übungen komplizierter durchzuführen werden. Leider stimmten beide Räte der Vorlage zu. Der Ständerat in der Frühjahrsession und der Nationalrat folgte am 22. September, in dem er die Motion mit 136 zu 50 (alle SVP) Stimmen und 1 Enthaltung annahm.



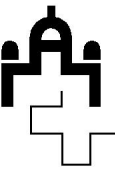
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (10/17): Landwirtschaft I

**Grossraubtiere,
insbesondere
den Wolf, endlich
regulieren**

- Der Ständerat hat sich mit einem Gesetzesentwurf zum Jagdgesetz (21.502, 19.4011) befasst, mit der analog der Zuständigkeitsordnung für das (geschützte) Steinwild präventiv die Regulierung von Wolfsbeständen durch die Wildhut ermöglicht werden soll. Zudem wurden weitere Motionen, mit der Abgeltung von Schäden durch Wildtiere als Gegenstand, behandelt. Diese Initiativen verlangen, dass zur Schadensvermeidung und zum Schutz der Menschen die präventive Regulierung von Wolfsbeständen zugelassen wird. Der Ständerat beschloss schlussendlich das Wölfe nicht nur geschossen werden dürfen, wenn sie Schäden angerichtet haben, sondern auch, um künftige Schäden zu verhindern. Der Ständerat hat eine Art Regulierungssaison für Wölfe im Jagdgesetz aufgenommen. Schliesslich hat der Ständerat gegen den Willen des Bundesrates einen Absatz zur Regelung von Biber-Schäden aufgenommen - er will ein Anliegen der Kantone umsetzen. Beschädigen Biber Infrastrukturen - etwa indem sie Bachböschungen untergraben -, sollen neu Bund und Kantone dafür aufkommen. Der Bundesrat wollte diese Bestimmung nicht. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.

**"Hörnerfranken"
als
Tierwohlbeitrag
verworfen**

- Die Motion (21.3197) forderte die Einführung eines Beitrags für hörnertragende Kühe und dementsprechend eine zusätzliche Finanzierung über Direktzahlungen. Die grosse Kammer lehnte die Motion, welcher keine Verbesserung der Versorgungssicherheit mit sich gebracht hätte, mit 92 zu 86 Stimmen bei 13 Enthaltungen ab. Sie ist damit vom Tisch. Das Stimmvolk sprach sich bereits 2018 mit 54.7% gegen eine identische Hornkuh-Initiative aus.



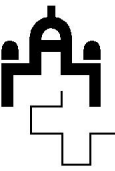
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (11/17): Landwirtschaft II

**Keine
Schwächung der
Selbstversor-
gung durch
Ausweitung der
Biodiversitäts-
flächen**

**Nur SVP und
Mitte wollen
Selbstversor-
gungsgrad
stärken**

**Keine Import-
Milch für den
Veredlungs-
verkehr**

- Die zunehmende Ökologisierung in der Landwirtschaft senkt den Selbstversorgungsgrad der Schweiz. Im Zuge dieser masslosen Ökologisierung soll eine Fläche von 14'000 Fussballfeldern offener Ackerflächen in unproduktive Biodiversitätsförderflächen umgewandelt werden. Die SVP fordert im Ständerat mit 28 zu 15 Stimmen bei 2 Enthaltungen erfolgreich, dass diese Umwandlung aufgeschoben wird (22.3567, 22.3610). Damit könnte 3.5% der offenen Ackerflächen der Schweiz für die Produktion genutzt wird. Gleichzeitig wurde nicht nur der Aufschub der Umwandlung dieser Flächen, sondern erfreulicherweise gar die Streichung des vorgesehenen 3.5% Anteils an Biodiversitätsförderflächen mit 30 zu 15 Stimmen angenommen. Die grosse Kammer muss nun darüber befinden.
- Krisenzeiten offenbaren die Verwundbarkeiten der vernetzten Schweiz auch in Bezug auf die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln. Deshalb forderte die SVP mittels zweier identischer Motionen ein Massnahmenpaket um die Abhängigkeit von ausländischen Nahrungsmitteln zu reduzieren (22.3576, 22.3606) reduzieren. Zwar stimmte der Ständerat mit 31 zu 13 Stimmen bei 1 Enthaltung dieser Motion zu, der Nationalrat lehnte diese jedoch mit 113 zu 73 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.
- Die Motion des SVP-Nationalrats Marcel Dettling (21.3055) fordert, dass Milch nicht für den Veredelungsverkehr zur Käseproduktion in die Schweiz eingeführt werden kann. Die Argumentation, dass die Schweiz ein Land der Milchproduktion par excellence sei und Einfuhren einen negativen Einfluss auf den Milchpreis hätten, überzeugte den Nationalrat. Die grosse Kammer nahm die Motion mit 109 bei 71 zu 11 Stimmen an. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.



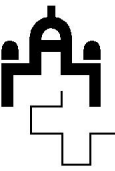
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (12/17): Gesundheits- und Sozialpolitik I

**Grosse Kammer
insistiert auf
kostendäm-
pfender Gebühr
für Bagatellfälle
in Notfallauf-
nahmen**

**Nein zu
überhöhten
Kaderlöhnen bei
Krankenkassen**

**Beide Räte
fordern
sofortigen AHV-
Teuerungsaus-
gleich**

- Der Betrieb von Spitalnotfallaufnahmen ist teuer. Besuche in Notfallaufnahmen verursachen durchschnittliche Kosten von mehr als 400 Franken pro Besuch. Viele dieser Besuche betreffen Bagatellfälle, denen mittels eines Besuchs bei einem Hausarzt Abhilfe geschaffen werden könnte. Deshalb waren sich grundsätzlich beide Räte einig, eine Gebühr für Bagatellfälle in Notfallaufnahmen zu erheben (17.480). Trotzdem beantragte eine knappe Mehrheit in der Kommission die Abschreibung der Vorlage. Da die Erhebung einer Gebühr von 50 Franken pro Bagatellfall alle Prämienzahler finanziell entlastet und die Kapazitäten der Notfallaufnahmen für echte Notfälle freihält, lehnte eine bürgerliche Mehrheit die Abschreibung der parlamentarischen Initiative ab. Die Kommission muss nun eine Gesetzesvorlage ausarbeiten und in die Vernehmlassung senden.
- Der Nationalrat stimmte mit 113 zu 74 Stimmen und 2 Enthaltungen einer Kommissionsmotion (22.3866) zu. Sie verlangt, dass Kaderlöhne bei Krankenversicherern maximal 250'000 Franken pro Jahr betragen dürfen. Für Verwaltungsratsmitglieder wird die Entschädigung bei 50'000 Franken gedeckelt. Hinter dem Hintergrund immer stärker steigender Krankenkassenprämien setzt die Motion ein wichtiges Zeichen, dass man Kosten senken will und bereit ist Druck auf die Versicherer auszuüben.
- Eine Allianz aus Mitte und SP forderte, dass der Bundesrat Massnahmen ergreifen soll, um die AHV-Renten sofort der Teuerung anzupassen (22.3792, 22.3803, 22.3799). Damit würde sich der Bund vom bewährten Mischindex, der zur Hälfte die Lohnentwicklung und zur Hälfte die Teuerungsentwicklung berücksichtigt, abwenden. Der Nationalrat nahm die Motion mit 99 zu 92 (davon 51 SVP) an, der Ständerat folgte mit 24 zu 17 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Der Bundesrat muss nun eine Vorlage ausarbeiten.



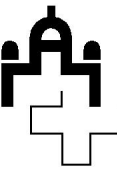
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (13/17): Gesundheits- und Sozialpolitik II

**Erstes
Massnahmen-
paket zur
Kostendämpfung
verabschiedet**

**Nein zur vollen
Abzugsfähigkeit
der Kranken-
kassenprämien**

**Bund muss
Corona-
Ertragsausfälle
der Spitäler nicht
übernehmen**

- Nach dem ersten Massnahmenpakete des Bundesrates gegen höhere Kosten im Gesundheitswesen (19.046) sollen beispielsweise neue, innovative Therapien leichter zugelassen oder die Tarifverhandlungen im ambulanten Bereich besser strukturiert werden. Der Bundesrat verspricht sich durch das Massnahmenpaket Einsparungen von mehreren hundert Millionen Franken jährlich. Seit der Veröffentlichung des Massnahmenpaketes im Jahr 2019 war das Geschäft 19 Mal in den eidgenössischen Räten traktandiert. Nun endlich hat man eine Kompromisslösung gefunden, welche beide Räte einstimmig annahmen.
- Zwei identische Vorstösse der SVP-Fraktion (22.3816, 22.3863), welche verlangten, dass die Krankenkassenprämien voll von der Bundessteuer abzugsfähig sind, wurden vom Nationalrat klar mit 142 zu 53 (alle SVP) Stimmen abgelehnt. Damit hätte eine Entlastung der Bürger erzielt werden können, ohne direkt den Staatshaushalt zu strapazieren. Der Ständerat lehnte die Vorlage ebenfalls mit 36 zu 5 Stimmen und 1 Enthaltung ab.
- Insgesamt vier Standesinitiativen (20.331, 21.304, 21.307, 21.312) verlangten, dass der Bund sich an den Ertragsausfällen der Spitäler, welche durch die Pandemielage verursacht wurden, beteiligt. Mit den Initiativen versuchten die Kantone die finanziellen Risiken auf den Bund zu übertragen. Der Ständerat lehnte die Standesinitiativen bereits in der Wintersession 2021 ab und der Nationalrat folgte dem Votum des Ständerates in der Herbstsession 2022. Die Standesinitiativen sind somit vom Tisch.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (14/17): Gesundheits- und Sozialpolitik III

**Staatliche
Förderung von
Forschung an
geschlechter-
spezifischen
Frauen-
krankheiten**

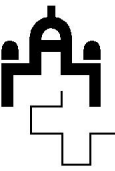
- Eine Motion (22.3869), welche auf einer Petition der Frauensession 2021 beruht, verlangt, dass spezifische Frauenkrankheiten stärker in den Fokus der medizinischen Forschung gerückt werden. Dazu sollen spezielle Guidelines sowie die Förderung der Qualität der Behandlung frauenspezifischer Krankheiten als Ziel der eidg. Qualitätskommission eingeführt werden. Der Nationalrat stimmte der Motion mit 127 zu 54 (davon 46 SVP) zu. Immerhin konnte die SVP verhindern, dass die Vergabe von Forschungsgelder des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) in Zukunft an Kriterien des Geschlechts gebunden werden sollte. Der Nationalrat lehnte diesen Teil der Motion mit 100 (davon 46 SVP) zu 83 Stimmen ab. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

**Prüfung der
Tarifstrukturen
im ambulanten
Bereich**

- Mit einem Postulat (22.3505) soll die 2015 beschlossene Revision der Tarifstruktur «Tarmed» auf weiteren Anpassungsbedarf hin überprüft werden. Konkret geht es darum, dass alle massgeblichen Tarifpartner keine anderen Tarifsysteme mehr genehmigen, vor allem im Bereich der ambulanten Leistungen. Bis zum Vorliegen eines neuen Tarifsystems sollen bisherige Positionen, in denen keine Unterversorgung besteht ab 2023 gekürzt werden. Weiter soll auch die pauschale Abgeltung ambulanter Leistungen geprüft werden. Der Nationalrat stimmte dem Postulat mit 170 (davon 49 SVP) zu 7 Stimmen zu und 4 Enthaltungen zu.

**Keine Corona-
Prämien für
Gesundheits-
personal**

- Die SP verlangt in einem Vorstoss (20.4307), dass das Gesundheitspersonal für ihren Mehraufwand während der Covid-Pandemie eine einmalige Prämie von 4'000 Franken erhalten soll. Ein Finanzierungsplan für diese Prämie wird jedoch nicht vorgelegt. Der Nationalrat lehnte den Vorstoss mit 118 (davon 51 SVP) zu 64 Stimmen und 6 Enthaltungen ab.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (15/17): Staatspolitik I

**Zugang zu
amtlichen
Dokumenten
geregelt**

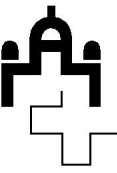
- Mit der Unterstützung der SVP fand das Anliegen, den Zugang zu amtlichen Dokumenten zu gewährleisten, in beiden Kammern Unterstützung (16.432). Eine Differenz bestand noch bei den Ausnahmen von diesem Grundsatz, nämlich der Festlegung einer Höchstgebühr für Fälle, die einen hohen Arbeitsaufwand erfordern. Die grosse Kammer folgte dem Ständerat und beschloss, die Festlegung der Bearbeitungsgebühr dem Bundesrat zu überlassen. In der Schlussabstimmung nehmen beide Räte die Vorlage an, der Nationalrat einstimmig und der Ständerat mit 44 zu 1 Stimmen.

**Barrierefreiheit
des parl. Live-
Streams**

- Die Zugänglichkeit zu den heutigen Debatten im Bundesparlament für gehörlose und schwerhörige Menschen ist heute nicht gegeben. Deshalb sollen Untertitel und Gebärdensprache Abhilfe während den Debatten Abhilfe schaffen. Die kleine Kammer gab der parlamentarischen Initiative (20.505) mit 24 zu 16 Stimmen bei 4 Enthaltungen Folge. Eine dementsprechende Gesetzesvorlage wird nun ausgearbeitet.

**Unterlisten-
verbindungen:
Ständerat
beerdigt
Einschränkung**

- Entgegen dem Willen der SVP lehnte der Ständerat mit 32 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen eine Klärung der Unterlistenverbindungen ab. Ziel dieser Klärung war es, im Gesetz festzulegen, dass Unterlistenverbindungen nur Listen mit derselben Bezeichnung betreffen dürfen. Während die der Nationalrats in der Wintersession 2021 eine Präzisierung forderte, lehnte der Ständerat eine solche nun ab. Das Geschäft ist damit vom Tisch.



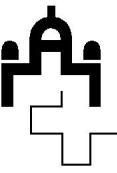
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (16/17): Rechtsfragen

Neue Krisenzentren für die Opfer von Gewalt

- Der Nationalrat möchte neue Krisenzentren für die Opfer von Gewalt schaffen. Er hat dazu zwei Motionen aus der SP- und der FDP-Fraktion mit deutlichen Mehrheiten angenommen. Demnach sollen Opfer in den Krisenzentren spezialisierte medizinische und psychologische Erstbetreuung und Unterstützung erhalten. Die Zentren sollen zudem die Dokumentation des Falls und die Sicherung der Spuren garantieren, ohne Verpflichtung zur Anzeige. Die SVP beantragte erfolglos ein Nein zu den Motionen. Nun sollen nebst den Beratungsstellen der Opferhilfe Schweiz und einem 24 Stunden am Tag und 7 Tage die Woche offenen Betreuungsangebot noch separate Zentren entstehen. Laut Istanbul Konferenz soll pro 40'000 Einwohner ein Zentrum eingerichtet werden. Ein solches Vorgehen führt zwangsläufig zu Doppelspurigkeiten. In der Schweiz werden die Opfer häuslicher Gewalt schon heute beraten und nach allen Möglichkeiten des Opferhilfegesetzes unterstützt. Die Vorstösse (22.3333, 22.3334) gehen an den Ständerat.

Neu 40 Bundesrichter

- Am Bundesgericht sollen ab dem nächsten Jahr 40 statt wie heute 38 ordentliche Richterinnen und Richter arbeiten (22.427). Mit 131 zu 47 Stimmen sagte der Nationalrat Ja zu einer Vorlage seiner Rechtskommission. Die entsprechende Verordnung der Bundesversammlung soll Anfang 2023 in Kraft treten. Hintergrund der Vorlage ist ein Ersuchen des Gerichts. Die SVP war mit der Aufstockung nicht einverstanden, da bereits in der Vergangenheit Stellen, insbesondere Gerichtschreiberstellen, geschaffen wurden. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (17/17): Wissenschaft, Bildung und Kultur

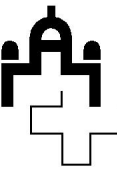
Familiener- gänzende Kinderbetreuung

- Der Ständerat schliesst sich dem Nationalrat an und verlängert mit 32 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung die Finanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung bis 2024 (22.403). Mit dieser Verlängerung soll die Zeit überbrückt werden, bis eine definitive Finanzierungslösung verabschiedet ist. Die SVP lehnt diese Vorlage ab, da die familienergänzende Kinderbetreuung eine Kompetenz der Kantone ist. In der Schlussabstimmung nehmen beide Räte die Vorlage an, der Nationalrat mit 149 zu 37 Stimmen bei 5 Enthaltungen und der Ständerat mit 35 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Eizellenspende auch für Ehepaare legalisieren

- Nach dem Nationalrat nimmt auch der Ständerat mit einer knappen Mehrheit von 22 zu 20 Stimmen eine Motion (21.4341) an, die den Bundesrat beauftragt, die gesetzliche Grundlage zu schaffen, welche die Eizellspende für verheiratete Paare aufgrund einer festgestellten Unfruchtbarkeit der Frau ermöglicht. Die SVP kämpfte gegen diese Vorlage, die mehr Probleme als Lösungen mit sich bringt.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Winter: 28. November – 16. Dezember 2022**
- **Frühling 2023: 27. Februar – 17. März 2023**
- **Sommer 2023: 30. Mai – 16. Juni 2023**
- **Herbst 2023: 11. – 29. September 2023**
- **Winter 2023: 4. – 22. Dezember 2023**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

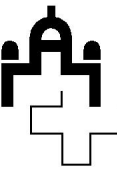
- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
 - Anmeldung im Internet unter www.parlament.ch:
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
 - Für Rückfragen E-Mail an sessionsbesuche@parl.admin.ch oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder zu zweit:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**



Die Abstimmungstermine im Nov. 2022 & März 2023 bleiben wohl unbenutzt – umso mehr gilt es die kantonalen Wahlen zu gewinnen!

- 12. Februar 2023: Kant. Wahlen Kantone Zürich und Basel-Landschaft
- 12. März 2023: Kantonale Wahlen Kanton Appenzell Ausserrhoden
- 2. April 2023: Kantonale Wahlen Kantone Luzern, Genf und Tessin
- 30. April 2023: Kantonale Wahlen Kanton Appenzell Innerrhoden
- **22. Oktober 2023: Eidg. National- und Ständeratswahlen**



Haben Sie Fragen?